Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 22.—27. Okt. 1 Milliarde Mk. freibleibend. Einzelverkaufspreis 170 Mill. Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 250 Mill. Mark, auswärtige Grundpreis 150 Mk. mal Schlüsselzahl d. D.Z.V., Versamml.-, Arbeits- u. Wohnungsanzeig. 200 Mill. Mk., Reklamen 1000 Mill. Mk.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstell 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 247. | Montag, 22. Oktober 1923. | 36. Jahrgang.

Offene Rebellion Bayerns!

Lossow des Dienstes enthoben!

Der Reichswehrminister hat Generalleutnant v. Lossow vom Dienst enthoben und seine Verabschiedung eingeleitet. Mit der vorläufigen Führung der 7. Division des Reichsheeres ist der nächstälteste bayrische Offizier, Generalmajor Freiherr Kreß v. Kressenstein beauftragt worden. Der Reichspräsident hat die bayrische Regierung aufgefordert, ihm Vorschläge für die Besetzung der Stelle des bayrischen Landeskommandanten gemäß dem Wehrgesetz zu machen. Diese Maßnahmen wurden notwendig, da General v. Lossow sich ausdrücklich geweigert hatte, einen ihm gegebenen Befehl auszuführen und es abgelehnt hatte, aus dieser Haltung selbst die Konsequenzen zu ziehen.

Bayern rebelliert! Lossow bayrischer Landeskommandant.

München, 20. Oktober.

Die bayrische Regierung richtet einen längeren Aufruf an das bayrische Volk, in dem es heißt:

Infolge der Maßregelung des General v. Lossow, die von der bayrischen Regierung als ungerechtfertigt angesehen wird, hat die Regierung im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Bayern und in Wahrung der bayrischen Belange bis zur Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen Bayern und dem Reich den bayrischen Teil der Reichswehr ihrerseits als Treuhänderin des deutschen Volkes in Pflicht genommen und General v. Lossow als Kommandeur eingestellt und mit der Führung der bayrischen Division beauftragt. Der Schritt war zur Wahrung der Würde und des Ansehens Bayerns bei der gegenwärtigen Sachlage unvermeidlich.

Einen weiteren Aufruf erläßt der Generalstaatskommissar von Kahr, des Inhalts, daß der Reichswehrminister versucht habe, den bayrischen Landeskommandanten General v. Lossow unter Drohungen gegen Bayern zur Abdankung zu zwingen. Die Verwahrung der bayrischen Regierung dagegen hat der Reichswehrminister mit der sofortigen Dienstentlassung des Generals v. Lossow beantwortet. Die bayrische Regierung und der Generalstaatskommissar wissen sich einig mit allen deutsch Gesinnten, wenn sie solche Maßnahmen ablehnen. Bayern betrachtet es als seine heilige Pflicht, in diesen Stürmen eine Hochburg des bedrohten Deutschtums zu sein. Die bayrische Regierung hat deshalb im Einverständnis mit dem Generalstaatskommissar General v. Lossow mit der Führung des bayrischen Teils der Reichswehr beauftragt.

Der Aufruf Kahrs schließt: Bayerns Deutsche! Bleibt treu der hehren Aufgabe, unserm deutschen Vaterlande und uns die Freiheit wiederzugeben!

Eine Erklärung der Reichsregierung.

TU. Berlin, 20. Oktober.

An dem Tage, an dem die deutschen Vertreter im Auslande den sämtlichen Mächten eine Erklärung über die außenpolitische Lage abgaben, um die Aufmerksamkeit der Welt auf die durch Frankreichs Verhalten geschaffene unerträgliche Not im Rheinlande und Ruhrgebiet zu lenken, und in der die Zusammenfassung aller Kräfte mehr als je notwendig ist, um gegenüber dem äußeren Gegner festzustehen, hat es die bayrische Staatsregierung für richtig gehalten, einen offenen Verfassungsbruch und inneren Kampf im Reich herbeizuführen. Der Ausgangspunkt der Kämpfe war die Entscheidung darüber, ob die militärische Disziplin, auf der jede Armee aufgebaut sein muß, auch im heutigen Deutschland Geltung haben soll oder nicht. Der Chef der Heeresleitung konnte nicht dulden, daß klare Befehle, die von ihm gegeben waren, von einem Untergebenen aus politischen Gründen mißachtet wurden. Eine Armee, in der die Ausführung eines Befehls abhängig gemacht wird von politischen Erwägungen, ist kein Instrument zur Aufrechterhaltung der Macht eines Staates nach außen und innen. Gerade die bayrische Regierung, die den Gedanken der Wehrhaftmachung des Volkes wiederholt vertreten hat, mußte sich darüber klar sein, daß die Aufrechterhaltung der Disziplin in der Armee die Grundlage jeder Wehrhaftmachung ist und sein muß. Gerade die bayrische Staatsregierung, die wiederholt in Ausführungen des Generalstaatskommissars von Kahr die Bewahrung des nationalen Gedankens für sich speziell in Anspruch nimmt, mußte sich klar darüber sein, daß national sein heißt: in Zeiten der Not die Geschlossenheit im Innern zu wahren und Sonderwünsche und Sonderinteressen dahinter zurückzustellen. Mit dem von Generalstaatskommissar von Kahr in die Oeffentlichkeit geworfenen Gedanken des Kampfes gegen den Marxismus hat die in Rede stehende Frage gar nichts zu tun. Der Chef der Heeresleitung und der Wehrminister haben bei ihrem Kampfe für die Autorität in der Reichswehr lediglich für diese Idee, nicht für irgend welche parteipolitische Einstellung gekämpft. Dasselbe gilt von der Reichsregierung, die sich bis zum äußersten bemüht hat, durch weitgehende Ausnutzung von Verständigungsmöglichkeiten jeden Bruch zu vermeiden. Mit Entschiedenheit und Entrüstung weist die Reichsregierung den Versuch des Generalstaatskommissars zurück, die Entscheidung der bayrischen Staatsregierung als den Kampf einer nationalen und christlichen Weltanschauung gegen die marxistische internationale Einstellung hinzustellen.

Es ist unerhört, wenn in der Zeit, in der die Reichsregierung die Kräfte des ganzen Volkes braucht zur Erhaltung des Deutschtums gegen den Vernichtungswillen maßgebender französischer Kreise, der Generalstaatskommissar glaubt, die Brandfackel der Zwietracht in das deutsche Volk hineinwerfen zu können, daß er davon spricht, es handle sich letzten Endes um die Frage „Hie deutsch oder nicht deutsch!“ Es gibt innerhalb der Reichsregierung und innerhalb der Millionen von Volksgenossen, die hinter ihr stehen, niemand, der den Kampf, um den es sich handelt, anders als unter dem deutschen Gesichtspunkt ansieht.

Im Kampfe um die Erhaltung der Reichseinheit fordern wir alle Deutschen auf, den Erregern der Zwietracht entgegenzutreten im Kampfe für das einzige, was uns gegenüber der uns angedrohten Vernichtung des deutschen Volkes geblieben ist: für das deutsche Reich und für die deutsche Einheit.

Seeckt appelliert an die Reichswehr.

TU. Berlin, 20. Oktober.

Die bayrische Regierung nimmt die Truppen der 7. (bayrischen) Division in Pflicht und ernennt den vom Reichswehrminister seines Dienstes enthobenen Divisionskommandeur ihrerseits zum Landeskommandanten und Divisionskommandeur. Der Schritt der bayrischen Regierung ist ein gegen die Verfassung gerichteter Eingriff in die militärische Kommandogewalt. Wer diesen Anordnungen der bayrischen Regierung entspricht, bricht seinen dem Reich geleisteten Eid und macht sich des militärischen Ungehorsams schuldig. Ich fordere die 7. bayrische Division des Reiches hierdurch feierlich auf, ihrem dem Reich geleisteten Eid treu zu bleiben und sich den Befehlen ihres höchsten militärischen Befehlshabers bedingungslos zu fügen. Der Reichstreue aller anderen Teile des Heeres halte ich mich heute und stets fest versichert.

gez. v. Seeckt, General der Infanterie
und Chef der Heeresleitung.

Die bayrische Reichswehr wird auf Kahr vereidigt.

TU. München, 22. Oktober.

Die bayrischen Reichswehrtruppen sind heute in sämtlichen bayrischen Standorten verpflichtet worden. Die Verpflichtung ist in der Weise vor sich gegangen, daß den Reichswehrtruppen der Wortlaut des Aufrufes der bayrischen Staatsregierung bekannt gegeben wurde. Die Verpflichtungsformel lautet folgendermaßen:

„Auf Grund des mir vorgelesenen Aufrufes der bayrischen Staatsregierung bekenne ich, daß ich von der bayrischen Staatsregierung als der Treuhänderin des deutschen Volkes bis zur Wiederherstellung des Einverständnisses zwischen Bayern und dem Reich in Pflicht genommen bin und erneuere meine Verpflichtung zum Gehorsam gegen meine Vorgesetzten.

Ausrufung der Rheinischen Republik in Aachen.

TU. Aachen, 21. Oktober.

Heute morgen gegen 4 Uhr ist hier die rheinische Republik ausgerufen worden. Die Besetzung der Regierungsgebäude ging glatt vor sich, da die Schupo keinerlei Widerstand leistete. In einer Proklamation verspricht die Regierung den Bewohnern der neuen Republik Brot und Arbeit. Die Bewegung greift nach der belgischen und englischen Zone weiter rapid um sich.

Die separatistische Bewegung auf Aachen beschränkt?

TU. Köln, 21. Oktober.

Die Ausrufung der rheinischen Republik in Aachen bestätigt sich. In der Stadt selbst herrscht noch Ruhe. Alle telephonischen Verbindungen zwischen Köln und Aachen sind unterbrochen. Nach Mitteilungen, die um 1 Uhr mittags in Köln vorlagen aus Düren, Koblenz, Bonn, Düsseldorf, Eschweiler, Jülich, Stolberg und Neuß, handelt es sich bei dem Aachener Putsch der Sonderbündler lediglich um eine Einzelaktion.

Ausbreitung der separatistischen Bewegung.

M.-Gladbach, 22. Oktober.

Soeben sind bewaffnete separatistische Stoßtrupps auf den Zeitungen erschienen und haben das Erscheinen der Blätter für morgen verboten, ihnen aber anheim gestellt, morgen wieder zu erscheinen, wenn sie sich der separatistischen Vorzensur unterwerfen wollen. Die Sonderbündler sind mit Ausweisen des Rheinischen Unabhängigkeitsausschusses versehen. Zur Zeit marschieren die Aufrührer nach dem Rathaus, wo die Polizei versammelt ist. Man weiß noch nicht, ob die Polizei von der Waffe Gebrauch machen, oder ob sie sich neutral verhalten wird.

Die Wahlen in Oesterreich.

Wien, 22. Oktober.

In Oesterreich haben am Sonntag parlamentarische Neuwahlen stattgefunden. In Linz ist der Obmann der großdeutschen Partei und Vorsitzender des Nationalrates, Dinghofer, unterlegen; ein schwerer Schlag für die mit den Christlichsozialen verbündete Großdeutsche Partei.

Dollar 40 Milliarden.

Der bayrische Genickstoß.

Der Anfang vom Ende.

Dr. L. Lübeck, 22. Oktober.

Es ist alles so gekommen, wie es kommen mußte. Seit Monaten, ja seit Jahren, geht Bayern seine eigenen Wege. Offen wird dort monarstische Propaganda betrieben; völkische Organisationen zogen sich wie Schimmelpilz über das ganze Land. Alles Republikanische wurde mit rücksichtsloser und schroffer Gewalt unterdrückt.

Jedem „nationalen“ Mann lachte das Herz im Leibe, wenn er Bayerns gedachte, der Ordnungszelle! Aus Deutschlands Süden kommt das Licht! So tönte es über die Stammtische bierseliger Patrioten und aus dem öden Geschwätz halbwüchsiger Hakenkreuzlausbuben.

Und wie redete man über Sachsen? Sowjetsachsen! Reichsverfassungsbruch! Des Reiches Autorität in Gefahr! Wird die Reichsregierung endlich eingreifen? Wir haben am Sonnabend schon auf das Gemeingefährliche der Hetze gegen Sachsen und der Nachsicht für Bayern hingewiesen.

Jetzt liegt das Ergebnis vor. Mit einigen guten Worten haben Reich und Sachsen sich verständigt. Man will auf beiden Seiten von dem scharfen Ton etwas ablassen; und da beide Seiten ehrlich der Reichsverfassung dienen wollen, so kann die weitere Verständigung nicht schwer sein.

Aber Bayern! Da fand man nicht dieselben harten Maßnahmen wie gegen Sachsen. Schwere Schuld hat die Reichsregierung auf sich geladen. Als sie immer wieder zögerte; immer wieder Kompromisse suchte; immer wieder parlamentierte und — kapitulierte.

Jetzt ist das Unerhörte, für jeden Deutschen Unfaßbare geschehen. Der bayrische Diktator — Kahr — setzt sich über die Reichsverfassung glatt hinweg; er greift in die Befehlsgewalt der Reichswehrleitung ein; er widersetzt sich der Abberufung von Lossows, mit dem er seit Wochen schon techtelmechtelt; und er ernennt Lossow zum selbständigen Kommandanten der bayrischen Reichswehr. Er zerreißt also die Reichswehr in zwei Teile: deutsch und bayrisch.

Das bedeutet den offenen Bruch zwischen Bayern und dem Reich, das bedeutet den Anfang vom Ende der Einheit der deutschen Republik. Kahr hat Poincares Geschäfte besorgt. Während das Ruhrgebiet in verzweifelter Anstrengung versucht, Deutschlands wirtschaftlichen Herzschlag wieder zu beleben, während einige tausend schamloser Franzosenknechte das Rheinland von Deutschland abtrennen, holt Bayern, das strengnationale Bayern, aus zu einem Schlag gegen des Reiches Bestand, gegen des Reiches Einheit, gegen die Reichsverfassung.

Viel ist in den letzten Jahren von einem Dolchstoß gefaselt worden. Hier, meine Herren von rechts, ist der gemeinste „Dolchstoß von hinten“ der Weltgeschichte. Seit langem wird in München an der Zerstörung des Reiches gearbeitet; seit langem bereitet man im Namen „nationaler Taten“ den Umsturz vor. Seit langem wird da unten das Schwert geschärft, das der deutschen Republik den Kopf abschlagen soll. Pfaff und Monarchist blinzeln sich zu. Was kümmert uns Deutschland? Wir brauchen König und Dunkelheit!

Jetzt wäre es an der Zeit, daß jene Kreise, die mit jedem Atemzug ihre nationale Gesinnung betonen, ihre so oft erprobten Stimmbänder in Bewegung setzten! Denn es geht um Deutschland; es geht um das so viel begröhlte und so oft begossene „Vaterland“.

Doch man höre! Die „Lüb. Anz.“, das „nationale“ Blatt Lübecks, nehmen Stellung zu dem bayrischen Hochverrat. Und welche Worte finden sie?

„Man mag wünschen, daß die Reichsregierung den richtigen Weg einschlägt, um eine Verständigung auch mit Bayern zu erreichen. Ein strikkes Durchgreifen, wie es in Sachsen erfolgt ist, ist aber kaum am Platze. Man darf Bayern und Sachsen nicht auf eine Stufe stellen. Was man von dem sächsischen Ministerpräsidenten zu erwarten hat, hat er durch seine Rede vom 18. Oktober klar bewiesen, in der er sich nicht scheute, Deutschland vor seinen Todfeinden zu denunzieren. In Bayern dagegen würde ein scharfes Eingreifen der Reichsregierung eine unbedingt reichstreue Bevölkerung treffen.“

Jedes Wort der Kritik wäre zu viel über dieses elende Geschwätz. Es ist eine Schande, in welcher Weise in Deutschland mit dem Wörtchen „national“ Schindluder getrieben wird. Wer sind denn die nationalen Kreise? Vom deutschen Allgemeininteresse aus gesehen kann es nur eine Antwort geben: Gesindel! Steuerdrückerberger! Landesverräter! Schwarotzer am deutschen Volk! Abenteurer!

Aber alles das darfst du in Deutschland sein, wenn du dich nur als „nationaler Mann“ bezeichnest und irgend ein Abzeichen trägst; ein Hakenkreuz oger dergleichen.

Andere Völker sind durch Schaden klug geworden! Das deutsche aber noch dümmer. Der Scherbenhaufen, vor dem wir solange gewarnt haben, ist jetzt da. In den letzten Zuckungen liegt Deutschlands Einheit.

Dabei ist das Wirtschaftsleben völlig zusammengebrochen. Der Dollar schwankt zur Stunde zwischen 30 und 40 Milliarden;

d. h. die Papiermark existiert nicht mehr. Ueberall tritt das Ende ein!

Wovon sollen wir uns diese Woche sattessen. Der Wochenverdienst reicht kaum fürs trockene Brot. Der Zusammenbruch ist da, auf der ganzen Linie. Und wer ist der Leidtragende? Diesmal hat der Arbeiter Leidensgenossen! Jene weite kleinbürgerliche Schicht, Handwerker und Kleinhändler, die bisher nicht genug auf die Arbeiter schimpfen konnten und die getreue Garde aller Reichs- und Volksverderber waren, hören auch schon das Klopfen des Hungers an ihrer Tür.

Wie soll alles werden? Unruhen werden entstehen. Denn wenn das Verhungern beginnt, so gibt es keine Möglichkeit der Beruhigung mehr.

Dabei sind die Scheunen voll! Nichts geschieht, um Ordnung zu bringen in unser Wirtschaftsleben. Um die Ernährung des Volkes sicherzustellen. Wir sehen schwarz in die Zukunft und düster. Einen Ausweg sehen wir heute auch nicht mehr. Die Fehler des letzten Jahres sind nicht mehr gut zu machen.

Aber eins wissen wir. Die Not wird auch wieder vorbei gehen. Und die Zeiten werden wieder anders. Dann aber werden wir Abrechnung halten. Abrechnung mit jenen „nationalen Kreisen", die ihrem kleinlichen Egoismus des deutschen Landes Zukunft opfern wollen; und Abrechnung auch mit jenen, die ihrem Wucherwahnsinn so rücksichtslos die Zügel schießen lassen, die aus dem Hunger deutscher Frauen und deutscher Kinder ihren Profit saugen wie Blutegel.

Die nächsten Tage werden über unseres armen und gequälten Vaterlandes Schicksal die Würfel rollen lassen wie noch nie seit dem Westfälischen Frieden. Jetzt müssen alle Republikaner zusammenhalten! Jetzt müssen die Arbeiter einig sein, denn für sie steht alles auf dem Spiel. Besonders aber müssen jetzt alle Sozialdemokraten auf die Schanzen und einig zusammenstehen. Mehr als je gilt heute der Satz, daß Deutschlands Einheit und Deutschlands Freiheit nur ein Bollwerk hat: die Sozialdemokratie.

Sozialdemokraten! Wir müssen zusammenhalten! Opferbereit zusammenstehen! Denn jetzt geht's um den Erfolg unserer selbstlosen Arbeit eines halben Jahrhunderts. Wir haben weder von rechts noch von links Hilfe zu erwarten. Wir sind auf uns allein gestellt!

Jeder muß deshalb seine Pflicht tun! Wir erwarten von jedem Genossen und jeder Genossin, daß sie in den kommenden schweren Stürmen sich einsetzen für unsere Ideen und unseren Glauben. Die Stürme werden vorüberziehen; und wenn das ganze verzweifelte Chaos der Gegenwart nur noch ein trüber Spuk sein wird, dann wird immer noch über dem Glauben der Menschheit, über der ganzen Erde die rote Fahne des Sozialismus flattern; und heller als je werden darauf die goldenen Worte glühen: Freiheit und Gleichheit!

Stresemann ruft Amerika und Europa an!

SPD. Berlin, 20. Oktober.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst meldet:

Der Reichskanzler hat die Regierungsvertreter in den europäischen Ländern und in Washington für heute mit einem wichtigen diplomatischen Schritt beauftragt, der mit den letzten deutsch-französischen Verhandlungen und ihrem ergebnislosen Verlauf in engstem Zusammenhang steht. Dr. Stresemann dürfte im Laufe des heutigen Tages noch Gelegenheit nehmen, vor einem kleineren Kreise diesen Schritt und die Außenpolitik des Reiches für die kommenden Wochen zu begründen. Nicht zuletzt hat das französische Ansinnen der Erweiterung der Regie im besetzten Gebiet zu dem diplomatischen Auftrag des Reichskanzlers an die diplomatischen Vertreter im Auslande beigetragen. Die französische Regierung machte dem Reichskabinett vor wenigen Tagen über die Einrichtung der Regie nähere Mitteilungen und forderte die Annahme dieser Pläne ohne jede Diskussion. Dieses Diktat hat das Reichskabinett abgelehnt. Poincaré hat darauf wissen lassen, daß für ihn die Verhandlungen mit Deutschland nunmehr erledigt seien.

Unruhen in Essen.

Essen, 22. Oktober.

Am Sonnabend kam es in Essen an verschiedenen Stellen der Stadt, insbesondere auf dem Wochenmarkt, zu Unruhen, die das Einschreiten der Polizei notwendig machten. Es wurden einige Schreckschüsse abgegeben, und als das nicht half, wurde auch scharf geschossen. Dabei wurden ein Mann und eine Frau leicht verletzt, während eine Anzahl anderer Personen Verletzungen durch Hiebwaffen davontrugen. Auch in Mühlheim kam es zu Unruhen. Die Lebensmittelhandlungen wurden hart bedroht. In Anbetracht der gefährlichen Lage nahmen die Geschäftsinhaber eine Ermäßigung der Lebensmittelpreise vor. Die Polizei mußte jedoch wiederholt einschreiten. Es wurden Schreckschüsse abgegeben und die Straßen mit blanker Waffe geräumt.

Der Beamtenabbau.

Gestern nachmittag fand im Reichsministerium des Innern eine Besprechung der Vertreter der Reichsregierung mit den Beamtenvertretern über eine Neuregelung der Arbeitszeit der Beamten statt. Hierbei nahm der Vorsitzende, Ministerialdirektor Dr. Fald, Gelegenheit, den in der Beamtenschaft umlaufenden Gerüchten über den Inhalt der Beamtenabbauverordnung entgegenzutreten. Er wies darauf hin, daß eine Verordnung im Reichsfinanzministerium ausgearbeitet sei und am kommenden Mittwoch mit den Beamtenorganisationen besprochen werden würde. Wenn der Inhalt des Entwurfs zurzeit auch noch geheim sei, so halte er sich doch für verpflichtet, der Behauptung entgegenzutreten, daß 30 Prozent der Beamten abgebaut werden. Eine Verringerung des Beamtenkörpers auf die Hälfte habe in keinem Abschnitt der Verhandlungen in Frage gestanden. Der Abbau könne nicht entfernt diese Höhe erreichen. Auch sei das Gerücht, daß die zum Abbau gelangenden planmäßig angestellten Beamten ohne Wartegeld und ohne Ruhegehalt entlassen würden, unzutreffend. Auch ein solcher Gedanke sei zu keiner Zeit erwogen worden. Die Verhandlungen über die Neuregelung der Arbeitszeit würden auf kommenden Mittwoch vertagt, da die Beamtenorganisationen entschiedenes Gewicht darauf legen, daß ihnen der am kommenden Dienstag vom Reichsrat zu verabschiedende Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes für die gewerblichen Arbeiter und Angestellten vorgelegt werde.

Eine Korrespondenz, der wir die Verantwortung für ihre Meldung überlassen müssen, macht Mitteilungen über den Entwurf einer Verordnung über den Abbau des Beamtenapparates.

Der Entwurf gibt dem Reichspräsidenten das Recht, höhere Reichsbeamte, wie Staatssekretäre, Ministerialdirektoren usw. in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. Das Wartegeld wird auf höchstens 50 Prozent des Einkommens der Beamten der Gruppe XI (Oberregierungsrat) festgesetzt. Die Gehaltszahlungen hören einen Monat nach der Setzung in den Ruhestand auf. Reichskanzler und Minister werden von dieser Regelung nicht ausgeschlossen. Reichsbeamte, die das 60. Lebensjahr vollendet und eine ruhegehaltsfähige Dienstzeit von wenigstens zehn Jahren im Dienste des Reiches, eines Landes oder einer Gemeinde zurückgelegt haben, können mit Zustimmung der obersten Reichsbehörde ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt werden. Lebenslänglich angestellte Reichsbeamte mit Ausnahme der Mitglieder des Reichsgerichts, des Finanzhofes und des Rechnungshofes können unter Bewilligung des gesetzlichen Ruhegeldes einstweilen in den Ruhestand gesetzt werden. Das gleiche gilt für nichtlebenslänglich angestellte Beamte. Außerplanmäßige und im Vorbereitungsdienst befindliche Beamte können ohne Gewährung von Wartegeld entlassen werden. Die Auswahl der in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamten darf durch ihre politische, konfessionelle oder gewerkschaftliche Betätigung und durch ihre Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer politischen Partei nicht beeinflußt werden. Auf Probe, auf Kündigung usw. angestellten Beamten kann eine Abfindungssumme nach Maßgabe des § 2 gewährt werden. Das gleiche gilt für lebenslänglich angestellte Beamte, die mit Zustimmung ihrer Verwaltung ihr Ausscheiden aus dem Reichsdienst beantragen. Beamte oder Anwärter dürfen nicht eingestellt werden. Als Einstellung gilt die Verleihung einer Planstelle an außerplanmäßig oder kommissarisch beschäftigte Beamte. Von der Gesamtzahl der am 1. Oktober 1923 im Dienst befindlichen planmäßigen oder außerplanmäßigen Reichsbeamten haben mindestens 25 Prozent auszuscheiden, und zwar 5 Prozent der Gesamtzahl vor dem 1. Februar 1924 und 5 Prozent vor dem 1. April 1924. Den Zeitpunkt, bis zu dem der weitere Abbau zu erfolgen hat, bestimmt die Reichsregierung. Die durch das Ausscheiden freiwerdenden Planstellen dürfen nicht wieder besetzt werden.

Es ist anzunehmen, daß es sich bei diesem Entwurf um eine Referentenarbeit handelt.

Entspannung in Sachsen.

Dresden 20. Oktober.

Zwischen Generalleutnant v. Müller und dem Ministerpräsidenten Dr. Zeigner hat eine längere Aussprache stattgefunden, bei der die Beteiligten sich bereit erklärten, sich über bestehende Meinungsverschiedenheiten zu verständigen und nach Möglichkeit durch persönliche Verbindung eine Lösung etwa entstehender Schwierigkeiten herbeizuführen.

Dresden, 20. Oktober.

Der Zwischenfall, den in der gestrigen Landtagssitzung der kommunistische Abgeordnete Schneller herbeigeführt hatte, wurde durch eine Erklärung des Ministerpräsidenten Zeigner beendet, in der dieser bestritt, daß zwischen einem rechten Flügel der Sozialdemokratie und ihm eine Meinungsverschiedenheit bestehe. Es liege nicht der geringste Anhalt für die Behauptung Schnellers vor, daß sozusagen von einigen Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion ein Komplott gegen die sächsische Regierung geschmiedet sei. Weiter versicherte Dr. Zeigner, er habe bei der Verlesung des Briefes des Wehrkreiskommandeurs nicht gewußt, daß die Reichsregierung hinter dem Schreiben des Generals v. Müller stehe. Ihm sei nur mitgeteilt worden, daß das Wehrkreiskommando sich mit Berlin über den prinzipiellen Inhalt des Briefes verständigt habe, also darüber, ob die sächsische Regierung zu einer Stellungnahme zur Rede des Ministers Böttcher veranlaßt werden solle. Abg. Wirth (Soz.) protestierte gegen das kommunistische Vorgehen, das nach außen hin als eine Krise der Regierungskoalition angesehen werden könne. Abgeordneter Seyfert (Dem.) erklärte, der Ministerpräsident sei mit einer gewissen Leichtfertigkeit über diese wichtigen Dinge hinweggegangen. Nach einem Schlußwort des kommunistischen Abg. Schneller wurde der Gegenstand verlassen.

Unser Parteiorgan, das Zeigner nahesteht, die „Dresdener Volkszeitung", bringt einen Leitartikel, in dem es heißt: „Soweit wir unterrichtet sind, hat man in Berlin die feste Absicht, auf dem Wege der Verhandlungen mit Sachsen zu einer Einigung zu kommen. **Hierbei muß selbstverständlich auch die sächsische Regierung die notwendigen Zugeständnisse machen und wir glauben, aus guten Gründen annehmen zu dürfen, daß sie das in notwendigem Maße tun wird. Sowohl das Reich wie die Länder müssen einsehen, daß zu unnützen Komplikationen jetzt keine Zeit ist."**

Bergarbeiterstreik in Mitteldeutschland?

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirksleitung Halle, richtet an die Bergarbeiter Mitteldeutschlands einen Aufruf zum Eintritt in den Streik, weil die den mitteldeutschen Bergarbeitern durch den vorgestrigen Schiedsspruch zugebilligte Lohnerhöhung von 300 Proz. und die Entscheidung über die geforderte Umänderung der Lohntabellen unannehmbar sei. Die Notstandsarbeiten sollen unter allen Umständen verrichtet werden.

*

Die Schiedssprüche, die am 18. und 19. Oktober im Reichsarbeitsministerium für den Bergbau gefällt wurden und die eine Lohnhöhe von 5,2 bis 5,6 Milliarden pro Tag im Westen vorsehen, sind von den Bergarbeiterverbänden aller Richtungen abgelehnt worden. Es ist dadurch ein schwerer Konflikt entstanden, der zu dem vorstehenden Streikbeschluß geführt hat.

Das Reichsarbeitsministerium hat für Dienstag die Vertreter des Bergbaues aus allen Revieren zu Verhandlungen nach Berlin eingeladen.

Aufgehobene Zeitungsverbote.

Die „B. Z. am Mittag" war wegen der von ihr mitgeteilten irrigen Meldung, daß General Müller seines Postens enthoben worden sei, auf zwei Tage verboten worden. Sie ist jedoch wieder freigegeben worden und bringt an der Spitze ihrer heutigen Nummer ihr Bedauern über ihren Irrtum zum Ausdruck.

Amtlich wird gemeldet: Dem „Völkischen Beobachter" in München und der „Roten Fahne" in Berlin ist das Wiedererscheinen **auf Grund gewisser Zusicherungen ihrer Chefredakteure** gegenüber dem Reichswehrministerium gestattet worden.

„Sächsische Mißwirtschaft".

Unter dieser Ueberschrift wird die Welt zurzeit von der „Telegraphen-Union" und anderen industriellen Korrespondenzbureaus mit Nachrichten überschwemmt, deren politischer Zweck so eindeutig zutage tritt, **daß selbst der Dümmste den Meldungen die Tendenz an der Stirn ansieht. Es muß eben unter allen Umständen „Sowjetsachsen" als das Land vollendetster Anarchie hingestellt werden, damit nach genügender Pressevorbereitung das „Ordnungmachen" inszeniert werden kann.** Heute berichtet z. B. die „Telegraphen-Union" unter dieser Ueberschrift die furchtbare Tatsache, **daß der Straßenbahnfahrpreis in Leipzig am 21. Oktober auf 300 Millionen und am 24. Oktober auf 500 Millionen erhöht wird. Wahrscheinlich soll General Müller** auch diesem „sozialistischen Skandal" ein Ende machen, ähnlich wie Herr v. Kahr zugunsten seines lieben Bauernvolkes die Bierpreise mit dem Ausnahmezustand zu regulieren versuchte. Die ganze Lächerlichkeit dieser Propaganda **zeigt sich an solchen albernen, an den Haaren herbeigezogenen Berichten.** Die demokratische „Zittauer Morgenzeitung", das Blatt des demokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Külz, schreibt über diese „Verbreitung von Tatarennachrichten über eine angebliche Anarchie in Sachsen" folgendes:

„Dieser und ein anderer Artikel über die Zustände in Sachsen in der gleichen Nummer der „Zeit" „muß außerhalb Sachsens und im Auslande die Gewißheit aufkommen lassen, daß es in Sachsen, gelinde gesagt, drunter und drüber geht, daß hier schon ein Chaos à la Rußland herrscht und daß wir in Sachsen mitten drin in einer Schreckensherrschaft stehen, daß kein Mensch mehr ein noch aus weiß.

Wenn man als Sachse all das liest, muß man sich unwillkürlich fragen, ob man denn selbst überhaupt noch in Sachsen lebt oder wo auf der Landkarte dieses Sachsen eigentlich zu suchen ist. Schließlich hat man auch geglaubt, auch zu der „friedlichen Bevölkerung Sachsens" zu zählen und nun wird einem aus Berlin berichtet, daß man unter dieser „Schreckensherrschaft" als Mitglied der friedlichen Bevölkerung „bis aufs Blut geplagt" wird und daß in Sachsen eine Anarchie herrscht, die der in den Revolutionstagen in nichts nachzugeben scheint."

Aus dem gleichen Grunde ist die „Zittauer Morgenzeitung" ebenso wie wir von der Unhaltbarkeit des Belagerungszustandes in Sachsen oder mindestens von der Art seiner Handhabung überzeugt. Sie unterstützt ausdrücklich die Einwände, die wir gegen diese Methode erhoben haben, und sagt dazu:

„Der „Vorwärts" hat nicht nur von seinem Standpunkt als führendes sozialdemokratisches Parteiorgan aus recht, sondern spricht auch die Ansicht **weitester nichtsozialistischer, aber verfassungstreuer republikanischer Kreise aus, die mit steigender Besorgnis erkennen müssen, daß der Ausnahmezustand wohl mit Energie gegen links, nicht aber mit der gleichen Energie gegen rechts durchgeführt wird,** wie es ja eigentlich von vornherein beabsichtigt war. Daß dadurch zumindest der Anschein einer Einseitigkeit in breitesten Schichten erweckt wird, ist nur zu begreiflich. Eine solche Annahme muß aber zur Gewißheit werden, wenn sich hierbei etwa eine gewisse Planmäßigkeit herausstellt, zu der unzweifelhaft die Methode z. B. der „Zeit" zu rechnen wäre, die Zustände in Sachsen durch unverantwortliche Verallgemeinerung grau in grau zu malen und hier nach der Reichsexekutive zu rufen, während man von den Zuständen in Bayern wenig oder gar kein Aufhebens macht."

Unser Dresdner Parteiorgan, das die „Morgenzeitung" zitiert, geht auch auf die Einwände ein, die das demokratische Blatt gegen die proletarischen Hundertschaften erhebt und führt in der Sache dasselbe aus. Auch die „Dresdner Volkszeitung" erklärt ausdrücklich, daß der proletarische Selbstschutz „lediglich zur Abwehr der faschistischen Geheimorganisationen gebildet wurde und daß wir auf diesen Selbstschutz in dem Augenblick verzichten würden, in dem das Reich endlich einmal **gegen die antirepublikanischen Banden in Bayern und anderswo rücksichtslos und entschieden vorgehen und diese Banden entwaffnen** würde. Wäre das rechtzeitig geschehen, so wäre es gar nicht zur Bildung des proletarischen Selbstschutzes gekommen."

Auch in Sachsen urteilen also ehrliche Demokraten nicht anders als wir es hier in Berlin tun. Die Aufrechterhaltung und Erzwingung einer von niemand anzutastenden Reichsautorität ist in Sachsen ohne weiteres und ohne jede Kraftanstrengung zu erreichen, wenn die republikanische Bevölkerung wirklich überzeugt sein kann, daß diese Reichsautorität sich überall durchzusetzen vermag und daß nicht unter Ausnutzung der Schwäche und der Nachgiebigkeit der Reichsgewalt die monarchistische Restauration sich in einzelnen Teilen des Reiches, gestützt auf staatliche und militärische Gewalt, konsolidieren kann.

Zweierlei Maß.

Auch das demokratische „Leipziger Tageblatt" fordert, daß die Rechtsgleichheit gegenüber Sachsen und Bayern hergestellt wird:

„Stillschweigend geht man in Berlin darüber hinweg, daß **Hitlers Privatmilitär ungehindert in voller Ausrüstung in Bayern umherzieht und Stadt und Land terrorisiert.** Auch die Plünderungen und Unruhen in Berlin, Mannheim und in anderen Gegenden des Reiches, die zum Teil schlimmer waren als die in Sachsen, geben dem Reichswehrminister keinen Anlaß, die Mittel des Belagerungszustandes anzuwenden. Nur in Sachsen hält er die Ruhe und Ordnung für so bedroht, daß er das Land unter volle Militärdiktatur stellt. So hat sich die Waffe, die gegen die antirepublikanische Gefahr in Bayern erhoben wurde, in eine Waffe gegen das republikanische Sachsen verwandelt.

Ob die Militärdiktatur ein geeignetes Mittel ist, um die Gemüter zu beruhigen und die vom größten Teil der sächsischen Bevölkerung aufrichtig gewünschte verfassungsmäßige Ordnung zu sichern, darf bezweifelt werden.

Da aber der gegenwärtige Zustand des offenen Konflikts zwischen Zivil- und Militärgewalt, der zugleich ein Konflikt zwischen der Reichs- und der Landesregierung ist, nicht lange aufrechterhalten werden kann, ohne schlimme Folgen zu zeitigen, so bleibt nur die Hoffnung übrig, daß sich der über die sächsischen Verhältnisse offenbar einseitig unterrichtete Reichswehrminister von der Unzweckmäßigkeit seiner Maßnahmen überzeugt und sobald als möglich die verfassungsmäßigen Gewalten in Sachsen wieder in ihre Rechte einsetzt.

Die Reichsregierung wird durchaus im Sinne ihrer eigenen Ankündigung handeln, wenn sie **den Belagerungszustand schleunigst aufhebt und damit die Rechtsgleichheit unter den Ländern wieder herstellt.** Diese Forderung, die heute auch der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei erhebt, ist das Gebot der Stunde."

„Heraus aus den Betrieben"!

Ein Kapitel zur Arbeitslosigkeit.

Von Dr.-Ing. Martin Wagner.

Die Parole „Heraus aus den Betrieben" geht heute von einer Seite aus, die über diese Parole stets entsetzt war. „Heraus aus den Betrieben", so sagt das Unternehmertum, das für seine Arbeitskräfte keine Beschäftigung mehr zu haben glaubt. Es wirft aber nicht nur die Arbeitskräfte auf die Straße, nein, es macht auch das Betriebskapital arbeitslos und läßt es die Stätten sicherer und müheloser Arbeit auf den in- und ausländischen Börsen beziehen. Ein grotesker wirtschaftlicher Zustand! Die Arbeitskraft muß in Not und Elend feiern, das Kapital darf unsere Wirtschaft völlig ertraglos machen, und das nennt sich „Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft".

Fragt man ein Reichsministerium, was es zur Behebung der Arbeitslosigkeit zu tun gedenkt, so wird die Antwort: „Das Reich ist bankrott, die Länder sind bankrott, die Gemeinden sind bankrott, die Mietenpresse ist mörderisch und muß stillgelegt werden." Ganz einverstanden! Aber das Privatkapital hat seit drei Jahren keine Pleite mehr gesehen. Will das Reich nicht endlich den kapitalkräftigen Schuldner fassen, der die Reichsbank und die Steuerkassen des Reiches, der Länder und Gemeinden seit drei Jahren ausgeplündert hat? Jetzt hat das Reich nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, den Teufel mit Beelzebub zu jagen. Die Arbeitslosigkeit kann nur mit Hilfe des arbeitslosen und zurzeit unproduktiven Privatkapitals behoben werden.

Aber wie und auf welchem Wege? Der deutsche Industrie- und Handelstag hat in einer Entschließung kürzlich darauf hingewiesen, daß der Baumarkt die größte Arbeitsreserve enthält, die schleunigst mobil gemacht werden muß, um die allgemeine Arbeitslosigkeit der deutschen Wirtschaft zu bekämpfen. Der Baumarkt ist der einzige Wirtschaftszweig, der sich zentral beeinflussen läßt, und für den ein rasches und produktives Handeln möglich ist. Der Baumarkt war schon in Friedenszeiten der Regulator des Arbeitsmarktes. Jetzt, wo die gesamte Wirtschaft darniederliegt, wachsen ihm außerordentliche Aufgaben zu, die auch mit außerordentlichen Mitteln gelöst werden müssen.

Aus eigenem Vermögen können Reich, Länder und Gemeinden nicht mehr bauen. Industrie und Landwirtschaft haben ihren Baubedarf in der dreijährigen Inflationsperiode gedeckt und werden hinfort als Bauherren zurücktreten, wenn sie gezwungen werden, ihre Steuern in wertbeständiger Mark zu zahlen und darüber hinaus auch noch die Reparationslasten zu tragen. Es bleibt also nur noch übrig, den gemeinnützigen Wohnungsbau in stärkstem Maße zu beleben, der einen grenzenlosen Notstand zu befriedigen hat und überdies auch noch bleibende materielle und ideelle Werte schafft.

Das Reichskabinett hat kürzlich Richtlinien für die Umstellung der Wohnungswirtschaft beschlossen. Diese Beschlüsse — das gab der Herr Reichsarbeitsminister in einer Besprechung mit den Gewerkschaften des Baugewerbes am 16. Oktober zu — werden aber erst im Frühjahr nächsten Jahres zur Auswirkung kommen. Nachdem das Reichsarbeitsministerium selbst durch Erlasse den Wohnungsbau in ratloser Kurzsichtigkeit stillgelegt hat, lastet auf ihm die ganze Verantwortung für die Belebung des Baumarktes und der Wirtschaft. Wir haben das Reichsarbeitsministerium seit mehr als zwei Jahren auf die Dringlichkeit der Umstellung der Wohnungsabgabe hingewiesen. Das Reichsarbeitsministerium hat die Reparatur nicht durchgeführt. Jetzt ist der Kessel, der den Baumarkt mit Dampf versorgt, ganz außer Betrieb gezogen, ohne daß für Ersatz und Reserven gesorgt worden ist. Wie würde man in der privatkapitalistischen Wirtschaft einen Ingenieur behandeln, der eine lebenswichtige Maschine, von deren Rundlauf ganze Wirtschaftszweige abhängig sind, so bedient, wie das Reichsarbeitsministerium die Kapitalzuführung zum Wohnungsbau bedient hat? Die Frage schließt die Antwort in sich. Das Reichsarbeitsministerium weiß sehr gut, daß der Baumarkt unter der Zwangswirtschaft steht, und daß die Hebel für die Bedienung der Zwangswirtschaft bei der Reichsregierung liegen. Eine Entschuldigung für die Ingenieure, die an der Maschine standen, gibt es nicht.

Was soll nun geschehen? Der Baumarkt ist zusammengebrochen. Von ihm leben die Industrien der Steine und Erden, die Holzindustrie, große Teile des Transportgewerbes, der Metallindustrie und indirekt auch die Schneider und Schuhmacher usw. Auch diese Industrien sind durch den Zusammenbruch des Baumarktes in Mitleidenschaft gezogen. Eine 40prozentige, stellenweise sogar 75prozentige Arbeitslosigkeit ist in einzelnen Teilen Deutschlands schon erreicht. Diese Arbeitslosigkeit läßt sich nur durch ein großzügiges Wohnungsbauprogramm bekämpfen. Dem Herrn Reichsarbeitsminister wurden am 16. Oktober die Richtlinien für ein solches Programm bekanntgegeben. Er wurde darauf hingewiesen, daß zur Finanzierung des gemeinnützigen Wohnungsbaues das Privatkapital der Aktiengesellschaften und der Gesellschaften mit beschränkter Haftung, soweit sie nicht gemeinnützig tätig sind, dadurch erfaßt werden muß, daß diese Gesellschaften verpflichtet werden, 10 Prozent ihrer Aktien und Geschäftsanteile dem Reich zur Verfügung zu stellen und die ihnen verbleibenden Anteile im Verhältnis von 10 : 9 zusammenzulegen. Auf diesem Wege lassen sich sofort etwa 500 Millionen Goldmark flüssig machen. Mit dieser Summe wäre es möglich, den Baumarkt und die Baustoff erzeugenden Industrien auf 3 bis 4 Monate, jedenfalls solange zu beschäftigen, bis sich die Neufinanzierung des Wohnungsbaues auswirken kann.

Zurzeit gibt es keinen anderen Weg zur Kapitalbeschaffung für den Baumarkt als den, das Privatkapital in Anspruch zu nehmen. Es gibt auch keine wirtschaftlichere Arbeitsbeschaffung, als den Wohnungsbau zu beleben. Wir wissen wohl, daß das Privatkapital sofort selbst mit dem Gegenvorschlag kommen wird, die Zwangswirtschaft aufzuheben. Dieser Weg ist aber nach dem Beschluß des Reichskabinetts selbst ungangbar.

Voraussetzung für die oben vorgeschlagenen Maßnahmen ist natürlich, daß das Privatkapital, das bisher auf Kosten des Reiches, der Länder und Gemeinden gelebt hat, sich nunmehr nicht auch an dem neu flüssig zu machenden Privatkapital bereichert. Das Baugewerbe und die Baustoff erzeugende Industrie muß darum gezwungen werden, in der Zeit eines Notstandes ohne Verdienst oder nur mit einer beschränkten Risikoprämie zu arbeiten, damit das flüssig gemachte Kapital restlos in Arbeitswerte umgesetzt werden kann. Alle diese Gedanken haben wir dem Herrn Reichsarbeitsminister unterbreitet. Wir hoffen, daß diese Anregungen in letzter Stunde auf fruchtbaren Boden fallen mögen, und daß die Schriftzüge „zu spät", die über fast jeder Maßnahme der Reichsregierung aufleuchteten, durch schleunigstes Eingreifen des Reichsarbeitsministers zum Erblassen gebracht werden.

Stinnes Geldstrom.

SPD. Seit längerer Zeit wurden die Aktien des Kohlenkonzerns Reinhold Becker aufgekauft. Die Aufkäufe sind von Kreisen vollzogen, die Hugo Stinnes sehr nahestehen. Jetzt wird bekannt, daß der Uebergang der Becker-Zechen, die im Bochumer Revier in der Nähe des zum Stinneskonzern gehörigen Bochumer Vereins gelegen sind, in die Stinnesgesellschaft kurz bevorsteht. Dieser Uebergang würde die völlige Einverleibung des Becker-Konzerns bedeuten, da die in der Nähe von Krefeld gelegenen Beckerschen Stahlwerke und Hochöfen durch den neuesten Grubenaufkauf des Herrn Stinnes ihre Kohlenbasis verlieren. Verwunderlich ist es immerhin, daß Stinnes gerade in dieser Zeit über genügende Geldmittel verfügt, seine alte Ramschpolitik fortzusetzen, die absolut nicht im volkswirtschaftlichen Interesse liegt.

Stinnes macht auch mit dem „Marxismus" Geschäfte.

SPD. Stinnes kann auch mit „Marxisten", wenn es sein geschäftliches Interesse erheischt, sogar mit sehr radikalen Marxisten Geschäfte abschließen. Der „Ostexpreß" hat aus Sowjetregierungskreisen bestätigt erhalten, daß der Stinneskonzern mit den Petersburger Konsumgenossenschaften „Pepo" einen Lieferungsvertrag auf 40 000 cbm Papierholz nach Deutschland abgeschlossen habe. 20 000 Kubikmeter seien bereits geliefert, das Gesamtgeschäft belaufe sich auf 40 000 englische Pfund. Ferner habe er einen Vertrag auf Lieferung von Därmen eingegangen. Dieses Geschäft finanziere er in Dollar zu 33 Prozent des Gesamtwertes der Ware. Man kann sehen, daß Stinnes im kommunistischen Rußland geschäftlich anders kann, als politisch im Deutschland der großen Koalition.

Vermischte Nachrichten.

Zuchthaus wegen verbotener Ausfuhr. Vom Wuchergericht Hof wurde der Landwirt Nikolaus Wölfel aus Schönlind wegen Verbrechens der verbotenen Ausfuhr von Milch und Eiern über die tschecho-slowakische Grenze zu einem Jahre Zuchthaus und zehn Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Einen Flugrekord München—Wien stellte der Flugzeugführer Scheikowski von der Trans-Europa-Union auf, der die Strecke in der bisher unerreichten Zeit von 105 Minuten durchflog.

Zukünftige Goldsorgen. Es wird einmal eine Zeit kommen, da es mit dem Goldvorrat der Erde zu Ende geht. Man mag so sorgsam mit dem kostbaren Stoffe umgehen, wie man will, die Goldmünzen reiben sich doch ab, und ebenso die goldenen Schmucksachen. Verloren ist ferner das viele Gold, das in der Photographie verwendet wird, das zum Vergolden anderer Metalle, das für Bücherschnitte usw. dient, und schließlich wandern auch die Goldplomben unserer Zähne in die Tiefe. Das Gold wird also immer weniger. Es würde den Bedarf nur decken können, wenn fortgesetzt neue Goldlager entdeckt würden, dazu ist aber kaum Aussicht. Erschöpft sind die einstmals reichen Lager in den Karpathen, das Rheingold ist eine Sage geworden, überhaupt ist in Europa Nennenswertes kaum noch zu holen. Ausgebeutet sind die einstmals so berühmten Vorkommen in Kalifornien, und das reiche Zipangu, das Marco Polo als Goldland schildert. Das Land Japan hat nur erschöpfte Stollen. Etwas Gold besitzt noch Korea, der Altai, Australien, Alaska, vielleicht kommt noch das eine und andere Lager hinzu, aber einmal wird doch das Ende dasein. Dann wird keine Goldwährung sich mehr aufrechterhalten lassen, man wird die Goldmünzen abschaffen und sich anders helfen müssen. Mit dem Silber wird es ebenso gehen, wenn auch langsamer. Schließlich wird man diese beiden Luxusmetalle zur Not entbehren können. Aus den Schaustücken der Museen werden die Kinder dann lernen, daß es einmal Elemente gab wie Gold und Silber. Es sei denn, daß die Synthese, die schon die Alchimisten suchten, doch noch glückt. Nach der Entdeckung des Radiums darf man ja auch das nicht ganz von der Hand weisen.

Abschiedsgruß des „Wahren Jacob".

Der „Wahre Jacob", der fast 40 Jahre als sozialdemokratisches Witzblatt bestanden hat und eine Zeitlang das verbreitetste Witzblatt der Welt gewesen ist, verabschiedet sich in der am 12. Oktober erschienen Nummer von seinen Lesern mit den folgenden Zeilen:

Dies ist des „Jacobs" letzte Nummer!
Er starb an keinem Staatsanwalt;
Es macht' kein Paragraph ihn kalt —
Er legte sich zum Winterschlummer,
Bedrängt vom Wucherergebot,
Erdrosselt von der Zeiten Not.

Er hat euch 40 Jahre lang
Mit manchem frohen Peitschenschlag
Erhellt den dunklen Arbeitstag —
Nun liegt er selber auf der Bahre:
Er legt sein letztes buntes Ei . . .
Dann kommt der Zeitungstod herbei . . .

Mit letztem Drohen, letztem Lachen
Bleibt er auf seinem letzten Pfad
Noch euer froher Kamerad —
Was gilts? Er wird auch mal erwachen
Und meldet sich mit frischem Ton:
Auf Wiedersehn!!! Die Redaktion.

Die in der letzten Strophe ausgesprochene Hoffnung wird durch eine Mitteilung des Verlages bekräftigt, der eine umgestaltete neue Zeitschrift als Fortsetzung des „Wahren Jacob" herauszugeben verheißt, sobald es die wirtschaftlichen Verhältnisse ermöglichen.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Die Figurantin.

Der Roman eines Dienstmädchens.

Von Leon Frapie.

20. Fortsetzung.

Andern Tages gab es bereits Entschuldigungen, Bitten, Versprechungen, welche die Strenge unhaltbar machten. Albert kniete in der Küche nieder und begnügte sich nicht mit dem wieder besänftigten Ton Sulettes.

„Binden Sie mir als Versöhnungszeichen meine Krawatte um."

„Ich verstehe das nicht," sagte sie, sich schwach wehrend.

„Auf das Wie kommt es nicht an . . eine Schleife wie bei den Schnürsenkeln."

Entnervt, über und über rot, gab sie nach und schickte sich an, Albert die Schleife zu binden. Dieser rief sogleich:

„Kennen Sie das Kinderspiel?

Ich halte dich und du hältst mich am Ziegenbart, paß auf

Wer von uns Zwei'n zuerst nun lacht, kriegt einen Klapps darauf!"

Und er griff mit der Hand nach Sulettes Gesicht.

„Ach, Ihr Kinn läßt sich wie ein ganz kalter Pfirsich zerdrücken."

Aber sie wollte zurücktreten, sich losmachen. Plötzlich preßte er Sulettes Finger zusammen, seine Augen nahmen metallischen Glanz an, und wütend küßte er ihren Mund bis auf die Zähne, wie man auf den Kern einer Frucht beißt. Lange Zeit nach dem Kuß noch bebten ihre von den losen Härchen des Schnurrbarts gekitzelten Nasenflügel, und manchmal streifte die Spitze der Zunge über ihre Lippen, um wohlgefällig den Geschmack der männlichen Lippen zu entfernen.

*

Von diesem Augenblick an ließ das Fieber nicht mehr nach; die Nacht brachte nicht die ersehnte Ruhe. Befürchtungen von mehr und mehr greifbarer Gestalt quälten Sulette. Zwischen den kurzen Augenblicken des Schlafes gab es hundertmal angenommene, dann verworfene Fluchtpläne; es ward aufs neue Tag, man mußte die übliche Arbeit wieder vornehmen und Befürchtungen und Pläne verjagen. Beim Aufstehen wurde, unter unerklärlichem Zwange, auf die Toilette mehr und mehr Sorgfalt verwendet; dann gab es Vergeudung kalten Wassers und langandauerndes Frottieren, welche die Wallung des Blutes verringern und Verschwendung an frischer Wäsche, die der erschreckten Haut wohltun sollte.

Eine Woche später, Ende August, geschah es, daß Albert ein neues Saustück in den Blusenkragen Sulettes gleiten ließ, und sogleich, um es wieder zu bekommen, seine Finger hineinzwängte und rief:

„Ach, mein Sou! Mein Sou! Zu Hilfe!"

Sulette schüttelte sich, der Sou fiel vor ihr nieder. Albert hob ihn auf, küßte ihn und sagte:

„O, ihm ist ganz warm davon geworden, daß es ihm glückte, da durchzukommen!"

Barmherziger Gott! Das war ein Ereignis! Wie durch ein unerbittliches Gesetz war der ganze Körper nach und nach des Geheimnisses verlustig gegangen: „da" gab es nichts Intaktes mehr!

XV.

Freitags gingen Herr und Frau Leroy regelmäßig nachmittags aus, und durch ein glückliches Zusammentreffen hielten auch Albert Vorlesungen vom Hause fern. Uebrigens war das der Tag, wo der Fußboden gebohnt wurde.

Den ersten Freitag im September ging alles nach Beendigung des Frühstücks, wie gewöhnlich, aus; aber der Bohner hatte sagen lassen, daß er nicht kommen würde.

Es war 2 Uhr. Paris erstickte in Sonne und Staub. Zum erstenmal fühlte sich Sulette als Herrscherin in der Wohnung; sie öffnete alle Türen und begann langsam, die köstliche Ruhe genießend, von einem Zimmer ins andere zu schreiten. Die Möbel schienen von Schlummer befangen; ihre geschnitzten und geschmackvollen Formen drückten jene Macht und Sicherheit aus, welche den Reichtum bezeugt. Die geschlossenen Fenster brachten besonders die harmoniesierende Gediegenheit der Gegenstände zur Erscheinung.

Sulette gewann ihre Persönlichkeit wieder; sie hegte in sich die praktischen Gedanken des ehrgeizigen Mädchens, welches seinen Teil an Wohlstand und Glück erobern will. Ans Ende der Wohnung gelangt, gestattete sie sich nicht, ihren Spaziergang wieder zu beginnen und in der freundlichen und erfrischenden Atmosphäre eines jeden Zimmers sich zu baden.

Durch die halb zugezogenen Vorhänge des Salons stahlen sich Sonnenstrahlen auf die verträumt dastehenden Palmen, auf die Blumen der Teppiche, und das war ein anderer Sonnenschein, als jener der Straße, ein ferner aus dem Lande der ewigen Sommer und duftigen Träume.

In dem Sprechzimmer des Arztes maß der bäuerische Stolz Sulettes herausfordernd die imposante Zurschaustellung von Büchern, Schriftstücken, Instrumenten. Die Möbel normannischen Ursprungs im Speisesaal waren Vorfahren, Landsleute mit pfiffigem und geduldigem Ausdruck, man war versucht, ihnen verständnisinnig zuzuwinkern.

Es schlug drei Uhr. Obgleich Paris den brausenden Lärm seines ungeheuren Verkehrs hören ließ, lauschte Sulette — wie wenn man nachts in seinem Bette wacht — auf das tiefe Schweigen des Hauses, sie vernahm das Ticktack einer Uhr im Toilettenraum und das kaum hörbare Summen sich paarender Fliegen.

Plötzlich . . . ein leises Geräusch . . . das war nicht das Knacken eines Möbels: der Schlüssel der Vorzimmertür wurde mit Vorsicht gedreht. Albert kehrte zurück und huschte geheimnisvoll in sein Zimmer.

Sulette versank sogleich wieder in den Zustand des unterdrückten, verschüchterten Mädchens, sie zitterte und blieb mit offenem Munde in der Mitte des Toilettenzimmers, die ihr übelgesinnte List Alberts ahnend, stehen. Dann flüchtete sie in die Küche und postierte sich dort, angestrengt, bewegungslos lauschend, ihr Herzschlag setzte aus.

Sie versucht, Kaltblütigkeit zu bewahren, aber plötzlich überfiel eine Glut den ganzen Körper, sie vermochte nicht mehr nachzudenken, das Gedächtnis schwand, die Dinge der Umgebung wurden undeutlich vor ihrem Blick.

Etwas später hörte sie Albert, trotzdem er die Schuhe ausgezogen hatte, durch die Zimmer schleichen. Da machte sie mit vorgestreckten Händen nach rechts und links die ruckartige Bewegung eines Menschen, der nicht weiß, wohin er fliehen soll, sie warf sich gegen die Küchentür, kein Schlüssel, kein Riegel! Ganz kopflos geworden, stürzte sie, statt zu warten und — gegebenen Falles — sich zu verteidigen, um Hilfe zu rufen, in den nach dem Salon führenden Korridor; das war die richtige Art, sich auszuliefern.

Albert drang, überrascht, niemand in der Küche zu finden, von Zimmer zu Zimmer, mit den großen Schritten des Spionierenden, vor. Die feuchten Schuhe des Dienstmädchens eilten so schnell und so leicht dahin, daß er einen Augenblick die Wohnung leer glaubte. Er rief gellend: „Sulette! Sulette!" Keine Antwort.

Aber bald klärte ihn der Duft des weiblichen Körpers und die Erschütterung der Luft auf; er nahm einen Atemzug wahr, einen Schatten, und plötzlich begriff er: Sulette flüchtete vor ihm! Sie erwartete also etwas Gefährlicheres als die Tändeleien der anderen Tage? . . . Augenblicklich entzügelte sich seine doch zaghafte Kühnheit vollständig: der Moment des letzten Ansturms nahte; es war offenbar, daß nur ein einziger Preis die Niederlage der wieder eingefangenen Flüchtigen bezahlen konnte. Er stürzte wie wahnsinnig vorwärts.

Eine wütende Hetzjagd setzte ein; die Herzen schlugen zum Zerspringen. Wie wahnwitzig durchraste das Mädchen immer die nämliche Strecke: den Korridor, das Entre, den Salon, das Sprechzimmer des Doktors, den Speisesaal, die Schlafkammern, Toiletten und die Küche, welche wieder in den Korridor zurückführte. Windstöße entwickelten sich; von dem Fliegen der Röcke gerieten die Vorhänge in Bewegung, gingen in die Höhe; man hätte sagen können, es seien Leute, welche Ah! riefen und dann ihre Hände wieder sinken ließen. Dunkle Schatten glitten über die Flächen der alten normannischen Möbel.

Von solch ungeduldiger Raserei war der junge Mann erfüllt, daß er von der geraden Fährte nicht ablassen konnte; er verfiel nicht auf den Gedanken, einfach innezuhalten, oder die Richtung seiner Jagd zu ändern, so daß die von Sinnen Gekommene ihm gerade in die Arme stürzen mußte. Seine Kehle war wie zugeschnürt und ließ einen dumpfen, heiseren Laut vernehmen, die Kiefer preßten sich aufeinander, Nase und Kinn schoben sich vor, die Nasenlöcher strömten den Atem hastig in kurzen heißen Stößen aus.

Minuten verrannen, die Palmen erbebten, Staubwolken wirbelten auf, die kleineren Möbel fingen zu schwanken an. Albert wurde jetzt den Rücken Sulettes gewahr, aber sie schien ihre Kraft, als sie seine Nähe fühlte, zurückzugewinnen, er hätte ihr, gleichgültig was, nachgeworfen, um sie auf den Boden zu bekommen.

(Fortsetzung folgt.)

Amtlicher Teil

Der Senat hat den ausscheidenden Kaufmann Heinrich Gustav **Scharff** zum Mitgliede des Gesundheitsrates wiedergewählt. (7765

Versammlung der Bürgerschaft

am Montag, dem 29. Oktober, abends 6 Uhr.

7760 **Der Wortführer: G. Ehlers.**

Goldumrechnungssatz für Steuerzahlungen.

Vom 23. Oktober 1923 ab wird der Goldumrechnungssatz jeweils den Telegraphenanstalten bis hinunter zu den Postagenturen, jedoch unter Ausschluß der Posthilfsstellen, durch Kreistelegramm mitgeteilt und von diesen durch einen Aushang veröffentlicht werden.

Sofern nicht im Einzelfall besondere Anweisung ergeht, gilt der täglich von Montag bis Donnerstag den Telegraphenanstalten mitgeteilte Goldumrechnungssatz je für den folgenden Tag, der am Freitag mitgeteilte Goldumrechnungssatz für die Zeit vom Sonnabend bis einschließlich Montag.

Lübeck, den 20. Oktober 1923. (7769

Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck,
Abteilung Ia für Besitz- u. Verkehrssteuern.

Warnung!

Das Auftreten mehrfacher Typhuserkrankungen in der Vorstadt St. Lorenz unter der Kundschaft einer Milchhandlung gibt Veranlassung, vor dem Genuß ungekochter Milch zu warnen, weil durch dieselbe Typhusansteckung übertragen werden kann.

Lübeck, den 20. Oktober 1923. (7761

Das Gesundheitsamt.

Die Gebührensätze für Prüfung und Abnahme elektrischer Einrichtungen werden bis auf weiteres allwöchentlich festgesetzt.

Lübeck, den 22. Oktober 1923. (7770

Städtische Betriebe.

Am 23. Oktober 1923, mittags 12 Uhr, wird der Kapitän **v. Pein** vom Dampfer Masuren im Gerichtshause Gr. Burgstr. 4, Zimmer Nr. 9, wegen seiner Reise Hull-Middlesbourgh-Beyle Verklarung ablegen. (7771

Amtsgericht Lübeck.

Nichtamtlicher Teil

Zum 1. November:

Zeitungs-Austrägerin

für **Seeretz** gesucht.

Geschäftsstelle „Lübecker Volksbote"

Zu melden bei: (7653

Richard Sell, Seeretz, Schwart. Str. 37

Ordentl. Mädchen sofort oder 1. 11. (7766 Holstenstraße 17, III. l.

1 gut erhalt. Damen-Fahrrad und 1 Spiegel zu kaufen oder zu tausch. gegen Lebensmittel. Ang. unt. **C 394** an die Exp. d. Bl. (7749

Eis. Ofen gegen Kessel zum Einmauern zu vertauschen oder verkaufen. 7758) Klappenstr. 6 b.

Kartoffeln zu tauschen gegen Blanke ca. 2 Meter hoch 6 Meter lang. Ang. unt. **C 393** an die Exp. d. Bl. (7757

1 Milchziege zu verkaufen oder zu vertauschen. 7764) Ernststr. 12.

Stühle und Kleiderschrank gegen Kartoffeln zu tauschen gesucht. Ang. unt. **C 395** an die Exp. d. Bl. (7768

Ankauf v. Gold- und Silber-Bruch, Gebisse, einz. Zähne. **Willi Westfehling** 7759 **32** Holstenstr. **32**

Eimerbier

Dienstag von 3—6 Uhr. 7752) **H. Bade.**

Steppdecken (auch Neubeziehen). **Spethmann, Breite Str. 31.** (7756)

Uhren Alle Waren auf Teilzahl. **H. Schultz,** Johannisstr. 20 8076

Buddenbrook-Abende.

Buddenbrook-Buchhandlung. Mengstr. 4.

Zweiter Abend

Dienstag, 23. Oktober, 8½ Uhr

Midia Pines

Dresden:

Aus russischer Dichtung. Rezitationen.

Karten zu 200 Millionen in der Buddenbrook-Buchhandlung. (7755

Der Neue Welttalender von 1924

ist erschienen. Grundpreis 30 Pfg.

Buchhandlung des Lübecker Volksboten, Johannisstraße 46.

Visitenkarten

werden in modernster Ausführung angefertigt bei **Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46**

Bekleidungsarbeiter-Verband.

Versammlung sämtlicher Mitglieder morgen Dienstag abends 7½ Uhr, im **Gewerkschaftshaus.**

Die Ortsverwaltung.

Trocadero. Schüsselbud. 4. F. 787

Täglich ab 5 Uhr nachmittags: Stimmungs-Konzerte. 7754

Hansa-Theater

Heute Montag, 7½ Uhr: Zum ersten Male

Die rote Katze

Operette in 3 Akten von Karl Hajós.

In ersten Rollen sind beschäftigt: **Witt, Charlier, Pilz, Roiko, Matzinger-Stastny, Vahl, Hofer, Wolf.**

Dienstag und folgende Tage:

Die rote Katze

Stadttheater Lübeck

Dienstag, 7½ Uhr: **Zar u. Zimmermann**

Mittwoch, 7½ Uhr: **Der blaue Heinrich.**

Bei Einkäufen sagt man nur zu Information unserer Zeitung!

Promenaden-Café und Konditorei

Breite Straße 65 ✳ Fernsprecher 415

Täglich: Künstler-Konzert.

Der beste Schwedenpunsch und Aquavit

Carl Larson & Co.

General-Vertreter:

Swedmark & Lundin,

Export Agenturen Import

Lübeck, Breite Str. 39

Fernsprecher Nr. 2003, 2015 und 2016.

Piano kauft ständig zu höchst. Preisen Haußmann, Johannisstr. 14.

In **Honigs Tuchlager Fleischhauerstraße 71,** kaufen Sie gut, reell und billig **Herren- u. Damenstoffe** aller Art.

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co., Lübeck

Johannisstraße 46 :: Telephon 926

druckt alle im geschäftlichen und privaten Verkehr erforderlichen Drucksachen.

Gummischäden

an Fahrraddecken repariert

Dampf-Vulkanisier-Anstalt Hermann Wildhagen.

Fabrikmäßig eingerichtet!

Beckergrube 54. Fernruf 3383.

MAASS & CO.

G. m. b. H.

Kohlengroßhandel

Breite Str. 83

✳

Fernsprecher 8604 und 8610.

Emaillehaus Erich Schauer Königstraße 15.

Schweizerhaus Israelsdorfer Allee Fernsprecher 2394

✳ **Restaurant, Konditorei und Café** ✳ **Angenehmer Familienaufenthalt.** ✳

Kaufen Sie bei mir?

Wenn nicht, dann überzeugen Sie sich durch einen Besuch von der Preiswürdigkeit meiner Ware!

REFORM-WERK

Telephon 2873 ¤ ROBERT JENTZEN ¤ Hüxstraße 50

Schuhwaren, Reparaturen, Stepperei-Großbetrieb, Gummisohlen und -Absätze, Lederausschnitt.

Alle Schuhmacher-Bedarfsartikel.

Größtes Spezial-Haus

Spille & v. Lühmann

Feine Herren- u. Knabenkleidung.

Elegante Maßanfertigung.

Geschäftl. Rundschau und Dauerfahrplan.

Musterschutz. B. Ohne Gewähr.

Abfahrt der Züge von Lübeck nach

Hamburg: 5^55, 7^47, 9^45 D, 11^00, 1^26, 3^44, 4^17, 7^22, 8^20 D, 9^30 S, 9^35.
Travemünde-Niendorf: 5^27 W, 8^00, 2^07, 6^58.
Eutin: 7^14, 12^08, 1^42 D, 2^00, 7^25.
Büchen: 5^00, 8^00, 1^30, 4^18 D, 6^00. — **Segeberg:** 1^30 Werkt., 2^10 Sonnt., 7^30.
Kleinen: 7^20, 9^37 D, 12^02, 5^24, 7^53, 9^25. (Ohne Gewähr. — Musterschutz.)

„TROCADERO"

Fernsprecher 787 Schüsselbuden 4

Täglich: Stimmungskonzerte.

Bezugsquellen werden nachgewiesen durch: **Gebr. Giercke, Hamburg** Gr. Bäckerstraße 14. Fernsprecher: Roland 2781—2783.

Rostocker Butterhandlung, Lübeck, Beckergrube 9

Café Bernhardt Fackenburger Allee 9

Täglich nachmittags und abends: Künstlerkonzert.

Musik Dietrich Telephon 935 Beckergrube „27"

Rheumatismuskranke! Nicht verzweifeln! Haben Sie schon alles versucht? Die letzte aber sichere Rettung ist **Rheuma Nr. 37.** Zu haben in allen Apotheken!

Franzen & Co. Hüte Mützen Holstenstr. 21. Herrenwäsche, Krawatten.

Georg Knoop, Fortuna-Drogerie **Moislinger Allee 6a,** Telephon 2375.

Aug. Lüders

Spezialgeschäft f. Strumpfwaren u. Wäsche. Manufakturwaren — Wollumtausch

Hüxstraße 55.

A. M. Becker

Uhren und Goldwaren

Holstenstraße 40.

Soda-Leim

Hans Jacoby, Untertrave 80

Telephon 3086 und 8460.

Reserviert für

Hanseatische Torfverwertungs-Aktien-Gesellschaft

Engelsgrube 44 ✳ Telephon 884

Norddeutscher Warenhandel L. Koeller G. m. b. H., Lübeck, Mengstr. 15, Fernsprecher 3481, 3482. Abtlg. I: Düngemittel, Abtlg. II: Säcke, Abtlg. III: Techn. Abteilung.

Elektro-Motoren-Reparatur-Werk Heinrich Schümann

Schwartauer Allee 14a. Telephon 2832/33.

SCHLUTUP

W. Schild, Schlutup

Das vorteilhafte Einkaufshaus für Damen-, Kinder- und Herrenkonfektion, Manufaktur- und Kurzwaren.

Kaufhaus Max Kankel Schlutup.

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Montag, 22. Oktober 1923. Nummer 247.

Freistaat Lübeck.

Montag, 22. Oktober.

Achtung, Beitragskassierer und Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins! Für die zweite Oktoberhälfte betragen die Beiträge: männlich 50 Millionen und für weibliche 10 Millionen.

Landesversicherungsanstalt der Hansestädte. Anträge auf ausnahmsweise Abgabe von Beitragsmarken für Zeiten vor dem 1. Oktober 1923 sind spätestens bis zum 31. Oktober schriftlich unter näherer Begründung und unter Beifügung oder Anweisung der Geldwerte an die Landesversicherungsanstalt, hier zu richten.

Landwirtschaftsspende für Erwerbslose. Von der Arbeitsbehörde wird uns berichtet: Von den Landwirten aus der Umgegend Lübecks sind weitere Zuwendungen an Landesprodukten für die Erwerbslosen eingegangen. Nachdem an jeden Erwerbslosen ein Brot ausgegeben werden konnte, wird auch in dieser Woche an jeden verheiratete Erwerbslosen ein Brot geliefert. Ueber die Ausgabe von Gutscheinen und der Brote wird durch Anschlag im Arbeitsnachweis und der Erwerbslosenfürsorge näheres bekannt gegeben. Eine erfreuliche weitere Zuwendung hat die Spende für Erwerbslose dadurch erfahren, daß die Hansabäckerei, Junge & Co., sich in dankenswerter Weise bereit erklärt hat, neben der unentgeltlichen Herstellung der Brote aus dem von der Landwirtschaft gelieferten Korn, 1000 Brote unentgeltlich zu liefern.

Der Brotskandal.

Ein Brot 1,6 Milliarden.

Die neue Woche steht im Zeichen der Milliarden. Das von den Produzenten herbeigesehnte „freie Brot" marschiert an der Spitze und steigt ebenso rapide wie der Dollar. In Berlin, wo das Brot bereits 2,5 Milliarden kostet, nutzen sogar die Bäckermeister die Kurssteigerung aus und halten nur noch einen Teil der benötigten Brotmenge vorrätig. Sie wissen, daß morgen auch noch ein Tag ist, wo sogar ein neuer, höherer Preis gilt, also verbäckt man nur die Hälfte der sonst üblichen Mehlmenge und läßt die andere Hälfte für den anderen Tag, wo der doppelte Preis dafür erzielt wird. Weitere Folge, daß die Leute, die es sich noch immer leisten können, Brot hamstern und es „sich hinlegen", wie das mit anderen Dingen so üblich geworden ist.

Mit Grausen sehen wir, daß die Gefahr des Zusammenbruchs täglich größer wird. Und täglich werden auch größer die Unruhe und Nervosität der Bevölkerung. Bei den ungeheuren Schwankungen aller Preise unserer notwendigsten Bedarfsartikel ist das kein Wunder. Die Hausfrauen laufen notgedrungen von einem Geschäft zum andern, um die zwischen ihnen bestehenden Preisdifferenzen auszunutzen.

Die Leute wissen keinen Ausweg mehr. Nach dem Dollarstand vom Sonnabend wird heute die Hausfrau beim Einkaufen vor der ständig wiederkehrenden Tatsache stehen, daß sie mit leerem Korbe heimkehren muß. Margarine kostet 2,4—2,5 Milliarden, Schmalz 3,2, Schmierseife 1,5, Nudeln 13 Milliarden, Weizengrieß 830, Kornkraft 980 Millionen, vom Fleisch gar nicht zu reden. Sogar eine lausige Rolle Kautabak kostet 500 Millionen Mark. Alles, alles muß das Volk entbehren. Während es in größter Not ist und nicht weiß, von was es leben soll, wissen die Urheber der ganzen Trostlosigkeit nichts anderes zu tun, als das Reich zu zertrümmern und nach einem neuen Tyrannen zu suchen, der das verelendete Volk zu allem hin noch an die Kette legt. Bildet sich die reaktionäre Sippschaft wirklich ein, der Todestanz gehe ewig so weiter?

Der Schiedsspruch für Seeschiffswerften für verbindlich erklärt.

Am 15. Oktober tagte bekanntlich ein Sonderschlichtungsausschuß, der einen Spruch fällte, wonach die Löhne für die Seeschiffswerften für die mit dem 15. Oktober beginnende Lohnwoche um 450 Proz. erhöht werden sollen. Diese norddeutsche Gruppe, Abteilung Seeschiffswerften, hatte diesen Schiedsspruch abgelehnt und beschlossen, diese 450 Proz. nur für die Hamburger Werften zu zahlen, während die übrigen Werftorte in zwei verschiedene niedrigere Lohnklassen eingestaffelt werden sollten. Da hierin ein Verstoß gegen die Tarifverträge erblickt werden mußte, beantragte die Zentralwerftkommission beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitserklärung dieses Schiedsspruches. Der Reichsarbeitsminister hat dem Antrag stattgegeben und telegraphisch mitgeteilt, daß der Schiedsspruch für verbindlich erklärt ist.

Differenzen bei der Arbeitsgemeinschaft.

Am 19. Oktober fand eine Versammlung der bei der Arbeitsgemeinschaft beschäftigten Bauklempner, Bauschlosser, Elektriker und Schmiede statt, um zu der gegenwärtigen Situation Stellung zu nehmen. Mit großer Entrüstung wurde davon Kenntnis genommen, daß die Arbeitsgemeinschaft nicht einmal den Schiedsspruch angenommen hatte, der vom Schlichtungsausschuß gefällt war. Dieser Schiedsspruch, in welchem nicht einmal der gestiegene Index zur Abgeltung gekommen ist, ist durch die gegenwärtigen Verhältnisse weit überholt, so daß also bei einigermaßen gerechter Würdigung der Notlage der Arbeiter von heute eine weitere Lohnerhöhung eintreten müßte. Ganz besonders scharf wurde aber verurteilt, daß die Arbeitnehmer für die zurückliegende Woche nicht einmal eine Nachzahlung erhalten haben, so daß an die Kollegen nur wenige Milliarden zur Auszahlung gekommen sind, die nicht reichten, um den notwendigsten Bedarf an Brot und Kartoffeln zu decken. Sollte in Zukunft seitens der Arbeitgeber keine andere Lohnpolitik eingeschlagen werden, so muß mit den schärfsten Mitteln hiergegen vorgegangen werden. Kritisiert wurde ferner, daß durch die Verlegung der Lohnwoche für 3 Tage der alte Lohn und für 3 Tage der neue Lohn gezahlt würde. Die Verhandlungskommission wurde beauftragt, nach dieser Richtung hin eine Aenderung zu versuchen. Es wurde weiter darauf hingewiesen, daß die Arbeitgeber sich nur selbst schädigten, wenn sie den Lohn der in Frage kommenden Arbeiter wesentlich niedriger hielten, wie beispielsweise die Löhne der Bauarbeiter, da die Kundschaft ihn ja doch bezahlen müßte. Wenn letztere sich über die hohen Löhne beklagen, so liegt daß daran, daß die Arbeitgeber auf die Gesellenstunde für sich ganz außerordentlich hohe Zuschläge beanspruchen, die bei der Vergebung von Aufträgen natürlich eine wesentliche Rolle mitspielen.

Bei der Firma Busse & Lipp ist es schon zu Differenzen gekommen, da die Kollegen verlangen, daß die Schiedssprüche, die gefällt werden, von der Firma anerkannt werden sollen. Des ferneren verlangten sie, daß ebenso wie in den übrigen Betrieben eine zweimalige Löhnung in der Woche stattfindet, da die Firma sich hierauf nicht eingelassen hat, sind die Kollegen in den Streik getreten. Zu bemerken ist noch, daß der Lohn durch den Schlichtungsausschuß auf 550 Millionen Mark festgesetzt wurde, während die Arbeitgeber erklärten, nur 450 Millionen zahlen zu können. Durch Vermittlung des Demobilmachungskommissars gelang es zwar, die Arbeitgeber dazu zu bewegen, daß für die Woche vom 17. bis 23. Oktober 500 Millionen gezahlt werden. Ein Lohn, der nach dem heutigen Dollarstand verdoppelt werden müßte.

Wir ersuchen alle Metallarbeiter, hiervon Kenntnis zu nehmen, besonders aber den Zuzug nach Busse & Lipp strengstens fernzuhalten.

Die Branchenleitung.

Parteikonferenz für den Landesteil Lübeck.

b. Gleschendorf, 21. Oktober.

Im Gasthof zum Landhaus in Bahnhof Gleschendorf fand heute eine Konferenz der sozialdemokratischen Partei für den Landesteil Lübeck statt, die von etwa 50 Delegierten beschickt war. Sie befaßte sich mit der politischen Lage, auch war ein Vortrag über Siedlungsfragen vorgesehen. Referenten waren die Genossen Bezirkssekretär Fritz Hansen-Kiel und Landtagsabgeordneter Peters-Hochdoen. Nach kurzen Begrüßungsworten des Vorsitzenden Genossen Heinrich Fick-Stockelsdorf referierte über

die politische Lage

Genosse Hansen, dessen Vortrag auf dem Standpunkt der Minderheitsfraktion des Reichstages aufgebaut war. Er hob scharf die gefahrvolle Situation hervor, in der das deutsche Volk und besonders die Arbeiterklasse zurzeit lebt und die als das Produkt der imperialistischen Politik zu bezeichnen ist. Das Resultat dieses Imperialismus gipfele im Versailler Friedensvertrag, der von den besitzenden Klassen Deutschlands systematisch sabotiert worden sei. Das habe zur Ruhrbesetzung geführt und diese wiederum zur heutigen wirtschaftlichen Katastrophe. Das Bürgertum habe Cuno zugejubelt, daß endlich gegen den Versailler Vertrag angekämpft worden sei. Dieser Kampf sei stümperhaft geführt worden. Wäre der Besitz, wie es sich gehört, zur Erfüllung herangezogen worden, hätte der Versailler Vertrag nicht so vernichtend ausschlagen können. Der Ruhrkampf habe so ungeheuer viel Mittel erfordert, daß ein großer Teil des Vertrages damit hätte erfüllt werden können. Der Redner erinnert dann an den Hort der Reaktion in Bayern, wo seit Jahr und Tag gegen die Republik gewühlt und die Vorarbeit für die Wiedereinführung des Monarchismus geleistet worden sei. Das Haus Wittelsbach soll restauriert und die Donaumonarchie gegründet werden. Der „Völkische Beobachter" hetze täglich gegen die Novemberverbrecher. Ein neuerlicher Aufruf fordere die Kampfbünde und Stoßtrupps Hitlers auf, aktiv gegen den Marxismus aufzutreten und den Revanchekrieg zu organisieren. Die Reichsregierung habe sich ständig vor der Ludendorff-, Hitler- und Kahrregierung geduckt, dafür gehe sie jetzt aber sehr energisch gegen Sachsen vor. Derweil sei Sachsen der sicherste Stützpunkt gegen die Absichten des reaktionären Bayerns. Man gebe vor, in Sachsen wieder verfassungsmäßige Zustände zu schaffen, obwohl diese trotz allen Geschreis über sowjetische Zustände vorhanden und nicht in Gefahr seien, was selbst bürgerliche Blätter Sachsens zugeben müßten. Verhängnisvoll sei der im Bürgertum um sich greifende Geist der Separationsbestrebungen. Der einzige treue Deutsche sei der Arbeiter, der die historischen Notwendigkeiten für das einheitliche Reich erkannt habe. Das deutsche Proletariat werde seine Machtposition nicht kampflos preisgeben. Zur Frage der Regierungskoalition betonte Hansen, daß sie nach dem Sturze Cunos notwendig war. Es sollte noch einmal der Versuch gemacht werden, die Dinge in Deutschland zum Guten zu kehren. Aber auch hier setzte sofort wieder die Sabotage der Reaktionäre ein. Gegen das Kabinett Stresemann mit seinem sozialistischen Finanzminister mußte nach dem Willen der Bürgerlichen vorgegangen werden. So setzte der wirtschaftliche Zusammenbruch ein, der Dollar stieg ins Ungeheuerliche und brachte die große Verheerung. Das zweite Kabinett Stresemann sehe ganz anders aus, wichtige Posten seien uns genommen worden, ohne daß die Bürgerlichen besseren Ersatz dafür hatten. Schließlich kam es aber darauf an, ob die realen Machtverhältnisse zur Durchdrückung der Forderungen vorhanden seien. Das Ermächtigungsgesetz scheine zu ungunsten der Arbeiter auszuschlagen. Man plant eine Umstellung der Erwerbslosenunterstützung. Zu bedauern sei, daß auch unsere Genossen in der Regierung hier, wie beim Belagerungszustand, der gegen uns ausschlage, mitverantwortlich gemacht würden. Wir dürften niemals zulassen, daß die kommunistische Partei und deren Presse unterdrückt werde, während Roßbach und seinesgleichen weitgehende Rücksicht genießen. Die Währungsreform und Arbeitszeitgesetz geben zu schweren Bedenken Anlaß. Der Achtstundentag sei in größter Gefahr. Wohl sei die Verlängerung der Arbeitszeit dem tariflichen und Schlichtungsverfahren unterstellt, aber wo keine Einigung erfolge, treten behördliche Verordnungen in Kraft. Die wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiter sei skandalös. Überall würde von ihnen für Ware Goldwährung verlangt, während sie Tage und Wochen für wenige Pfund Lebensmittel schuften müßten. Aus allem gehe hervor, daß das zweite Kabinett Stresemann ein Unglück für die Arbeiterklasse und die Partei sei. Es scheine, daß unserer Partei der Wille zur Macht gefehlt habe. Stück um Stück seien der Arbeiterklasse die Lebensbedingungen geraubt worden. Die Sozialdemokratie habe stets versucht, Deutschland zu retten, aber wenn unser aller Bemühen vergeblich sei, dann bleibe nichts anderes übrig, als unsere Gegner mit denselben Waffen zu bekämpfen, wie diese uns gegenübertreten. Deutschland ist nur zu retten, wenn dem Besitz mindestens 30 Prozent der Sachwerte genommen werden. Die Schlußfolgerung, die wir aus allem ziehen müssen, ist, daß wir alle proletarischen Kräfte zusammenfassen. Wir treiben keine Revolutionsromantik, aber den Willen zur Macht müssen wir endlich wieder gewinnen. Heute sei die große Koalition nicht mehr haltbar, in der Politik herrsche ein arbeiterfeindlicher Geist, an wirtschaftlichen Maßnahmen sei nichts Durchgreifendes geschehen.

*

In der Aussprache erinnerte Genosse Krellenberg-Kurau an die bedenkliche Ausschaltung des Koalitionsrechts für die Landarbeiter. — Genosse Gloe-Stockelsdorf forderte u. a. engere Fühlungnahme mit den Kommunisten. — Genosse Paetau-Schwartau fordert mehr Kampfesgeist in der Partei; man solle sich nicht nur auf die Führer verlassen, sondern selbst tätig sein, um die Bewegung vorwärts zu treiben. Die Stimmung der Erwerbslosen sei verzweifelt. Sie trügen einen Zermürbungsgeist auch in unsere Reihen. Das Ermächtigungsgesetz hätte zumindest eine Regelung der Lebensmittelfrage bringen müssen, die großen Güter müßten gezwungen werden, die Großstädte mit Kartoffeln zu beschicken. Die Reichswehr dürfe nicht nur zur Stütze der Reaktion verwandt werden. Sollte die sozialistische Regierung in Sachsen vergewaltigt werden, dann hätte unsere Partei die Konsequenz zu ziehen. — Genosse Greve-Gleschendorf betont, daß das Beamtenabbaugesetz auf dem Verordnungswege durchgeführt werden soll. Dadurch würden politisch unliebsame Beamte an die Wand gedrückt und der reaktionäre Kurs erhalte die Oberhand. — Genosse Gloe-Stockelsdorf verweist auf das rücksichtslose Vorgehen der Unternehmer. Diese bezeichneten alles als bolschewistisch, was ihnen nicht in den Kram passe. — Genosse Wacker-Eutin erklärt, daß unsere Führer in der Partei manchen Erfolg für die Arbeiterklasse errungen hätten. Manche Arbeiter aber hätten kein Interesse an der Partei mehr, wenn sie den Vorteil erreicht hätten. Da sei ihnen der Beitrag zu hoch. — Genosse Künzel-Schwartau betont, es sei erste Pflicht der Mitglieder, ihren Führern den Rücken zu stärken. Wir hätten es ja auch in der Hand, das Ermächtigungsgesetz wieder zu Fall zu bringen, sobald wir aus der Regierung austreten. — Genosse Heiler-Ahrensbök kritisiert u. a. einzelne Handlungen von Arbeitslosen. So hätten sie in Ahrensbök die Entlassung aller auswärtigen Arbeiter gefordert. Im übrigen müßten die Genossen zueinander Vertrauen gewinnen, dann werde es auch besser werden. — Genosse Karl Fick-Stockelsdorf forderte größere Pflege der Kleinagitation. Was im Sommer infolge Mehrarbeit unterlassen werden mußte, müsse jetzt nachgeholt werden. Zu bedauern sei, daß die Parteipresse infolge der Not aus den Arbeiterhäusern immer mehr verschwinde. Das führe zur Versumpfung. Die geistige Verblödung dürfe nicht weiter um sich greifen. Wenn sich nicht jeder Genosse eine Zeitung halten könne, so müßten sich mehrere zusammen ein Parteiblatt halten. Kein Ort dürfe ohne dieses sein.

Im Schlußwort betonte Genosse Hansen, daß er zwar die Auffassung der Fraktionsminderheit vertreten habe, keinesfalls aber wolle er behaupten, daß die Mehrheit nicht nach bestem Wissen gehandelt habe. Diese habe sich von dem Gedanken leiten lassen, daß mit dem Sturze des Reichskabinetts auch das preußische gefallen wäre. Dadurch würde uns eine wichtige Position verloren gehen, in der Genosse Severing die Reaktion gezügelt habe. Die Politik der Mehrheit gehe auf zu kurze Sicht. Um die entscheidenden Kämpfe könnten wir uns doch nicht drücken, da die Legislaturperiode des Reichstages im nächsten Frühjahr zu Ende sei. Es bestehe die Gefahr, daß die bürgerlichen Parteien uns nur in der Regierung weiter mitschleppen, um uns vollends zu zermürben. Das Beamtenabbaugesetz werde, wie Genosse Greve sehr richtig gesagt habe, gewiß zur Entfernung der oppositionellen Beamten führen und man werde den entlassenen Beamten dann sagen, die Sozialdemokratie habe es ja mitbeschlossen. Zur Demokratisierung des Beamtenapparates trage dieses Gesetz sicher nicht bei. Der Redner streifte noch kurz die schrecklichen Zustände im Ruhrgebiet, wo Hunderttausende von Arbeitern vor dem Hungertode stehen. Das sei nicht allein die Schuld Poincares, sondern vor allem der spießerischen Politik Deutschlands, die es Poincare erst ermöglicht habe, so rachsüchtig vorzugehen. Trotz allem drohenden Unheil aber dürfe keiner verzagen. Wenn die Genossen die Treue zu ihrer Partei halten, dann würden wir auch die schwersten Stürme überstehen und vorwärts kommen.

(Schluß folgt.)

Abfahrtliste der Dampfer des Norddeutschen Lloyd. Bremen-Neuyork: Derfflinger 23. Okt., George Washington 24. Okt., York 27. Okt., America 31. Okt., München 3. Nov., President Roosevelt 7. Nov., Canopic 7. Nov., President Harding 14. Nov., President Fillmore 21. Nov., Sierra Ventana 21. Nov., Derfflinger 27. Nov., George Washington 27. Nov. — Bremen—Philadelphia—Baltimore: Porta 30. Nov., Eisenach 14. Dez. — Bremen—Havana—Galveston: Hannover 17. Nov. — Bremen—La Plata: Crefeld 3. Nov., Sierra Nevada 17. Nov., Werra 1. Dez., Gotha 15. Dez., Sierra Ventana 29. Dez., Weser 5 Jan., Sierra Cordoba 12. Jan., Köln 26. Jan. — Bremen—Hamburg—Brasilien: Erfurt 15 Dez. — Bremen—Hamburg—Ostasien: Schlesien 20. Okt., Aachen 15. Dez. — Bremen—Australien: Göttingen 1. Dezember.

Volkshochschule. Trotz der ungeheuren wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die alle Bildungsveranstaltungen mit dem Untergange bedrohen, soll versucht werden, die Volkshochschule durch die Not der Zeit hindurch zu retten. Sie wird sich allerdings sehr bescheiden einrichten müssen, wenn die Kosten für die Teilnehmer nicht ins Unerschwingliche wachsen sollen. Folgende Vortragsreihen und Arbeitsgemeinschaften sind in Aussicht genommen worden: Hermann Löns (Schermer), Die Philosophie Schopenhauers (Prof. Dr. Döring), Die weltpolitischen Umwälzungen seit 1870 (Dr. Leber), Büchereikunde (Dr. Pieth), Einführung in die allgemeine Volkswirtschaftslehre (Braun), Geld und Geldersatzmittel in ihrer Beziehung zu der Währungsfrage (Brand), Die chemische Industrie (Dr. Möbusz), Akustik, Optik und Elektrizität (Prof. Breinig), Der Boden unserer Heimat im Lichte der Erdgeschichte (Dr. Burk), Die Malerei des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart (Prof. v. Lütjendorff), Von Schubert bis Schumann (Prof. Stahl), Heimatkundliche Führungen (Warncke). Außerdem werden, von der Lesehalle veranstaltet, allwöchentlich einmal Vorlesungsabende veranstaltet werden, in denen die neuere Dichtung zu Worte kommen soll. Die Gebühr für jeden Lehrgang wird dem Werte von 40 Briefmarken für Fernbriefe (z. B. also 400 Mill. Mk.) gleichgesetzt, Erwerbslose zahlen den 5. Teil davon. Da im Winter das Lehrerseminar nur vormittags geheizt wird, werden die meisten Lehrgänge im Lesesaal der Stadtbibliothek oder in der öffentlichen Lesehalle stattfinden. In der Lesehalle liegt ein ausführliches Programm der Veranstaltungen aus. Daselbst werden auch täglich von 5—8 Uhr die Anmeldungen entgegengenommen. Die Lehrgänge beginnen in der Woche vom 29. Oktober bis 3. November.

Miete für möblierte Räume. Vom Einigungsamt wird uns geschrieben: Die Schlüsselzahl für die Errechnung der Untermiete ist infolge weiterer Abgabenerhöhungen in der letzten Woche von 5 400 000 auf 24 300 000, also um das Viereinhalbfache, gestiegen. Unter Berücksichtigung der allgemeinen Preissteigerung haben daher die Inhaber von möblierten Räumen, die nach den vom Einigungsamt veröffentlichten Richtlinien zahlen,

a) bei wöchentlicher Vorauszahlung das Viereinhalbfache der Miete der Vorwoche,
b) bei halbmonatlicher Vorauszahlung das Dreifache des am 15. Oktober 1923 gezahlten Betrages für die letzte Monatshälfte,
c) bei monatlicher Vorauszahlung das Dreifache des zu Anfang des Monats gezahlten Betrages für das letzte Monatsdrittel

nachzuzahlen.

*

v. Travemünde. Der Sozialdemokratische Verein hielt am Donnerstag abend eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Genosse Wolfradt sprach über die politische Lage im Reiche. Eingehend behandelte der Redner den Wiedereintritt der Sozialdemokraten in die Regierung und forderte zum Schluß auf, trotz Elend und Not der Partei sowie den Gewerkschaften die Treue zu bewahren und auch die Parteipresse nicht zu vergessen. Unermüdlich müssen wir den Kampf zur Befreiung der Arbeiterklasse führen. An der lebhaften Aussprache beteiligten sich verschiedene Genossen. Von allen wurde gefordert, die Einigung des Proletariats anzustreben. Die Mitgliederversammlungen finden in den Wintermonaten am ersten Sonntag im Monat statt. Ferner wurde beschlossen, am 11. November eine Revolutionsfeier abzuhalten. Die Versammlung war gut besucht.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdem. Verein, 4. Distrikt! Mittwoch, den 24. Oktober, abends 7½ Uhr bei Eggers, Stavenstr. Mitglieder-Versammlung. Redner Gen. Wolfradt.

Jungsozialisten! Heute abend pünktlich 8 Uhr Vortrag im Gewerkschaftshaus. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. (7759

Zweiter Buddenbrook-Abend. Es ist der Buddenbrook-Buchhandlung gelungen, die bekannte Künstlerin Midia Pinus aus Dresden für einen Vortragsabend am Dienstag, 23. Oktober, 8½ Uhr zu gewinnen. Midia Pinus ist durch glänzend kritisierte Rezitationen aus russischen Dichtern, namentlich aus Tolstoi und Dostojewski berühmt geworden.

Stadttheater. Dienstag „Zar und Zimmermann". Die Partie des Zaren singt Herr v. Beerenkamp, der nach langer Krankheit zum ersten Male wieder auftritt. Marie Frau Ida Heine, als Gast auf Anstellung.

Zur Aufklärung!

In den letzten Wochen mehren sich die Klagen der bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse versicherten Mitglieder dahingehend, daß die Kassenbeiträge im Verhältnis zu den Leistungen der Kasse viel zu hoch seien. Es wird gefordert, daß, wenn schon infolge der rapiden Geldentwertung eine einigermaßen notwendige Anspannung der Beitragsleistung nicht umgangen werden kann, dann aber auch eine fühlbarere Ausschüttung der Kassenmittel an die Mitglieder und deren Angehörigen erfolgen muß.

Oft kommt auch in größeren Betrieben der Wunsch zum Ausdruck, eine eigene Betriebskrankenkasse zu gründen in der Hoffnung, dann größere Vorteile für die Versicherten zu erreichen. Auch in der am letzten Dienstag in den Zentralhallen stattgefundenen Betriebsräteversammlung kam der Wunsch nach einer besseren Krankenfürsorge seitens der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Raum. So berechtigt und selbstverständlich diese Forderungen der Kassenmitglieder auch sind, ebenso unmöglich ist es aber auch, zurzeit wesentliche Besserungen durchzuführen, wenn nicht endlich einmal die wirtschaftlichen und finanziellen Erschütterungen in unserm Vaterland zum Stillstand kommen. Gerade die sozialen Einrichtungen, darunter an erster Stelle die Krankenkassen, die im Falle einer Krankheit hinreichende Fürsorge und Schutz gewähren sollen, (denn dieses ist doch der Sinn und Zweck der sozialen Gesetzgebung) leiden am schlimmsten in der augenblicklichen Zeit. Wenn es nicht bald gelingt, den im rasenden Tempo dem Abgrund zueilenden Wagen zum Stillstand zu bringen, werden auch die ganzen sozialen Einrichtungen und Errungenschaften unter den Trümmern begraben sein.

Was dieser Zustand für die sowieso schon so darbenden Volksgenossen bedeuten würde, braucht gar nicht erst besonders hervorgehoben zu werden. Nun aber zum Kernpunkt der Frage: Ist zurzeit eine bessere Fürsorge seitens der Kasse möglich oder liegt es an dem bösen Willen des Kassenvorstandes? Wir sagen: Nein.

Wenn Donnerstags die neue Reichsrichtzahl veröffentlicht wird, setzt der Kassenvorstand mit Zustimmung des Oberversicherungsamtes die Beiträge für die nächste Woche fest. Sie werden sofort veröffentlicht, damit sich die Arbeitgeber rechtzeitig darauf einstellen können. Freitags und Sonnabends sind größtenteils die Lohnzahlungen, und, obwohl die großen Firmen Abschlagszahlungen für die laufende Lohnwoche leisten, gehen die Restsummen erst übernächste Woche ein, also entwertet; dagegen muß die Kasse aber ihre Zahlungen an die Aerzte, Zahnärzte, Apotheker, Bandagisten usw. zum größten Teil wertbeständig auszahlen. Jeder Geschäftsmann hat die Möglichkeit, seine Waren stets dem jeweiligen Dollarstand anzupassen; von dieser Möglichkeit macht er ausgiebig, mitunter öfter an einem Tage, Gebrauch. Hier sind aber den Kassen gesetzlich und auch technisch die Hände gebunden. Dieses ist das Grundübel, welches erst wieder beseitigt werden kann, wenn stabile Verhältnisse eingezogen sind.

An einigen Beispielen wollen wir aber den Mitgliedern vor Augen führen, was für kolossale Ausgaben im einzelnen der Kasse für diese Woche erwachsen: Allgemeines Krankenhaus pr. Tag 1 Milliarde, eine einfache Brille 3—4 Milliarden, ein Bruchband 6—7 Milliarden, einmal Zahnziehen 760 Millionen, eine einfache Plombe 2100 Millionen, eine ärztliche Konsultation 553⅓ Millionen, ein Besuch des Arztes beim Kranken 1100 Millionen, eine Augenklappe ca. 206 Millionen, 100 Gr. Zellstoff ca. 525 Millionen, 2 Meter Mull ca. 1750 Millionen, eine 10 Zentimeter breite Cambricbinde ca. 1050 Millionen, eine einfache Hufenmedizin ca. 663 Millionen.

Nach den augenblicklichen Reichsrichtzahlen muß die Kasse für eine Entbindung, einerlei, ob die Wöchnerin selbst Mitglied ist oder nur der Mann, insgesamt 141 493 550 000 Mk. zahlen. Die Hälfte davon erhält die Kasse bei den Angehörigen vom Reich wieder, aber mit entwertetem Geld.

Die Apotheker haben in der letzten Woche allein 1000 Milliarden erhalten. Dieser Zustand bedarf unbedingt einer Aenderung. Ein Apotheker hat fast soviel in der letzten Woche erhalten, als alle Aerzte zusammen. Daran ist auch schuld die Verschreibung von Spezialitäten seitens der Aerzte.

Viel wird auch davon geredet, daß die Verwaltungskosten zu hoch sind, also die Angestellten zuviel verdienen und deren zuviel seien. Dabei sind seit 1. Oktober v. J. nach Aufhebung des Einzugsverfahrens für die Invalidenversicherung bereits 20 Angestellte entlassen.

Was die Bezahlung anbetrifft, sei hervorgehoben, daß die Angestellten für die Zeit vom 1.—21. Oktober, also für 3 Wochen, im Durchschnitt zirka 26 Milliarden erhalten haben. Es ist beschämend, dieses feststellen zu müssen. Sie leiden am allermeisten unter diesen trostlosen Kassenverhältnissen. Sie machen freiwillig Ueberstunden und Mehrarbeit zur schnellen Heranschaffung der Beiträge; dabei müssen sie nun schon Monate zusehen, wie die Apotheker, Aerzte und die sonstigen Lieferanten mit dem Geld abziehen und sie selbst warten und hungern.

Dabei sei festgestellt, daß z. B. ein Bankbeamter für zwei Wochen 88 Milliarden, eine weibliche Angestellte bei einer hiesigen Industriefirma für den halben Oktober 76 Milliarden erhielt. Damit soll nicht gesagt sein, daß diese Besoldung zu hoch sei in der augenblicklichen Zeit, sondern es soll das unangebrachte Gerede von der glänzenden Besoldung der Kassenangestellten endlich einmal verstummen.

Soll die Kasse wieder gesunden, müssen vor allen Dingen erst wieder stabile Verhältnisse einziehen. Daneben ist es notwendig, daß das Reich für die großen Auslagen der Kassen bei der Wochenfürsorge und dem Reichsversorgungsgesetz für die Kriegsbeschädigten, den Verhältnissen entsprechende Vorschüsse gegeben werden. Weiter ist notwendig, daß der Umtausch der Quittungskarten dem Versicherungsamt oder dem Polizeiamt übertragen wird; die Kasse setzt dabei ungeheure Summen zu, die den Versicherten gegenüber nicht mehr zu verantworten sind. Es sind noch mehr Vereinfachungen und Ersparungen in der Verwaltung nötig; leider hat hierin der Betriebsrat nicht immer das nötige Verständnis und Entgegenkommen des Kassenvorstandes gefunden.

Aber ebenso notwendig und wichtig ist es, daß die Kassenmitglieder ebenfalls die große Notlage der Kasse begreifen und sie unterstützen, wo es nur möglich ist. Dieses kann geschehen, wenn der Arzt und die Apotheker nur in Anspruch genommen werden, wenn es wirklich nötig erscheint. Berge von Medizinflaschen, wie noch oft, finden man oft bei den Mitgliedern. Die einfachsten Hausmittel helfen oft besser und schneller als die teuerste Medizin.

Also keine Betriebskrankenkassen sind wünschenswert, sondern die Beseitigung aller Kassenarten, damit die Ortskrankenkassen groß und leistungsfähig werden. Wir brauchen Verständnis und Mitarbeit, damit wir über die schwierige Zeit hinwegkommen und uns die schwer erkämpften sozialen Errungenschaften erhalten.

Der Betriebsrat der Allgemeinen Ortskrankenkasse Lübeck.
J. A.: Reisberger.

Angrenzende Gebiete.

Ahrensburg. Eine Schreckenstat. In der Ortschaft Braack haben die Eheleute Gustav Dabelstein ihr Haus angesteckt, in dem sich der Altenteiler Dabelstein befand. Dieser konnte gerettet werden, doch geht das Gerücht, daß man ihn habe verbrennen wollen infolge von Erbangelegenheiten. Die Eheleute Dabelstein fand man später an einem Baume erhängt vor.

Boizenburg. Noch immer Kriegsopfer. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich am 16. Oktober in Zweedorf. Der bei der Gesellschaft zur Verwertung von Heeresgut im Munitionsverlegungsbetrieb beschäftigte fünfunddreißigjährige verheiratete Vorarbeiter Wilhelm Beckmann aus Ratzeburg wurde durch eine explodierende Mine getötet. Der Verunglückte wollte eine Verschlußschraube angeblich gewaltsam entfernen, wodurch die Explosion erfolgte. Wenig Betriebe dieser Art haben soviel Opfer an Menschenleben gekostet, wie dieser Zweedorfer. Wieviel Opfer mag er wohl noch fordern, bis der letzte Rest vom ehemaligen Heeresgut „verwertet" ist?

Hamburg. Gegen die kommunistischen Treibereien veröffentlichen die Parteivorstände des Städtegebietes Groß-Hamburg im „Echo" einen Aufruf. Die Kommunisten lehnten den bei den Einigungsverhandlungen vorgelegten für die Arbeitsgemeinschaft wichtigsten Punkt: Auseinandersetzungen in Versammlung und Presse in freundnachbarlicher Form zu führen, als Nebensache ab und forderten Errichtung gemeinsamer proletarischer Hundertschaften und deren Bewaffnung; Uebernahme des Ordnungsdienstes durch diese Hundertschaften und Ausschaltung der Ordnungspolizei und der Reichswehr; sofortige Beseitigung des Ermächtigungsgesetzes und unverzügliche Vorbereitung für den Generalstreik. Die Parteivorstände der Sozialdemokratischen Partei warnen deshalb vor dem „überspannten, direkt in den Bürgerkrieg und die Verblutung der Arbeiterklasse" führenden Programm der Kommunisten und fordern in der gegenwärtigen verworrenen politischen Lage strengste Disziplin in den Betrieben. Abzulehnen sei der Gedanke an einen blutigen Kampf mit der gutorganisierten und schwer bewaffneten Polizei- und Militärmacht des Staates; abzulehnen sei ferner die Vorbereitung eines Generalstreiks, der nicht von den Gewerkschaften oder der VSPD. ausgeht. Abzulehnen sei endlich die Bildung „gemeinsamer Aktionsausschüsse".

Hamburg. Sturmzeichen. Hier kam es am Sonnabend infolge der ungeheuerlichen Preissteigerungen zu Ausschreitungen. Auf dem Heiligengeistfelde scharten sich Erwerbslose zusammen, die dann in das Stadtinnere zogen. In der Münckebergstraße kam es zu einem Zusammenstoß mit der Ordnungspolizei, wobei einer der Demonstranten, der einen Beamten bedroht haben soll, durch einen Schuß in den Unterschenkel getroffen wurde. Zu der gleichen Tageszeit sammelten sich in der Steinstraße und einigen andern Stadtteilen erregte Menschenmengen. Zu offenen Gewaltakten kam es jedoch nicht, da die in erhöhter Alarmbereitschaft liegende Ordnungspolizei überall rechtzeitig eingriff. Der Rathausmarkt, auf dem sich ebenfalls größere Menschenmassen zusammengeballt hatten, wurde von der Ordnungspolizei freigemacht. In den Abendstunden traten in der Herderstraße ebenfalls erregte Menschen auf. Auch hier schritt die Ordnungspolizei sofort ein. Auffallend, so schreibt das „Echo", bei diesen an sich gewiß verständlichen, aus der Not geborenen Erscheinungen, war wieder die große Zahl der Halbwüchsigen und der Neugierigen.

Gewerkschaften.

„Unsere Reallöhne".

In seinem Referat auf der gemeinsamen Tagung der Bundesausschüsse der drei gewerkschaftlichen Spitzenverbände führte Genosse Tarnow die Berliner Spitzenlöhne für Facharbeiter auf, die in der letzten Woche gezahlt wurden und in dieser Woche zur Beschaffung von Lebensmitteln ausreichen sollen. Die Löhne betrugen nach Abzug der neuen Steuern und Versicherungsbeiträge in Höhe von rund 10 Proz. im Baugewerbe 4,4 Milliarden, in der Schuhindustrie 3,9, im Tapezierergewerbe 3,5 und in der Holzindustrie 3 Milliarden; also im Durchschnitt noch nicht einen einzigen Dollar für die ganze Woche.

„Was sind das für Reallöhne" fragte Tarnow, „was konnten die Arbeiter sich dafür kaufen?" Der Lohn eines qualifizierten Facharbeiters für eine volle Arbeitswoche reichte gerade für einen Zentner Kartoffeln. Um den Preis für ein Pfund Margarine zu zahlen, war der Lohn für 9 bis 10 Arbeitsstunden erforderlich; der Arbeitslohn für 12 Arbeitsstunden zu einem Zentner Briketts. Um ein Pfund Butter zu kaufen, die die Arbeiter freilich nur noch aus früheren Zeiten her kennen, müßte der Lohn für 16 Arbeitsstunden geopfert werden, zwei volle Arbeitstage dafür gearbeitet werden. Wer da in die Notwendigkeit versetzt ist, sich ein neues Arbeitshemd zu beschaffen, muß erfahren, daß sein voller Wochenverdienst dazu nicht ausreicht. Zur Anschaffung eines Paares einfacher Straßenstiefel war bei diesen Löhnen der Arbeitsverdienst von sechs Wochen hinzugeben. Für einen Anzug aber mußte bei diesen Löhnen zwanzig Wochen gearbeitet werden.

Es gibt auf der ganzen Welt keine Arbeiterschaft, die auf dieser niedrigen Stufe des Lohneinkommens und damit der Lebenshaltung steht. Wenn es auch nicht immer so schlimm sei wie in der letzten Woche, so sei dies ja auch nicht denkbar, weil das Löhne zum Verhungern sind und nicht zum Leben. — Die Lohnverhandlungen für die Holzindustrie in der Provinz Brandenburg sind ergebnislos verlaufen, weil qualifizierten Facharbeitern für die Lohnwoche vom 5. bis 11. Oktober ein Stundenlohn von 25 Millionen Mark geboten wurde, ein Wochenlohn von einer Milliarde, der in dieser Woche für zwei Brote reichte. „Wenn die Arbeiter sich an solchen Unternehmern einmal vergreifen, kann man sie darum wahrlich nicht steinigen." Die Warenpreise stehen in derselben Zeit über Weltmarktniveau, wo der Durchschnittslohn der Facharbeiter 2,70 Goldmark beträgt.

Im Laufe der Aussprache wies Prof. Dr. Hirsch darauf hin, daß die von Tarnow angestellten Berechnungen insofern nicht einmal stimmten, als der Arbeiter, der Teile seines Wochenverdienstes zur Beschaffung von Kleidungsstücken zurücklegte, nie in den Besitz derselben gelangt, weil sein Geld entwertet, die Preise aber höher steigen.

Bei alledem klagt das Unternehmertum über die hohen Löhne, die die Wirtschaft ruiniert hätten, ihren Wiederaufbau verhindern, erhebt den Vorwurf gegen die Arbeiter, es werde zu wenig gearbeitet, verlangt intensivere Arbeit und längere Arbeitszeit.

Diesem Trauerspiel muß und wird ein Ende gemacht werden, wenn die Gewerkschaftsmitglieder Vertrauen zu ihren Führern haben und Mann für Mann geschlossen für ihre Besserstellung eintreten.

Sport.

Freie Sportvereinigung. Das Turnen beginnt am Dienstag, dem 23. ds. Mts. Für Damen in der Seminarturnhalle, Langer Lohberg; für Herren im Katharineum, Eingang Glockengießerstraße. Beginn für beide Abteilungen 7½ Uhr. — Spielausschußsitzung Mittwoch abend.

Theater und Musik.

Stadttheater.

Der blaue Heinrich. Schwank von Otto Schwartz und Georg Lengbach.

Im Schauspiel kam nun nach etlichen Harmlosigkeiten der „blaue Heinrich", ein Schwank, der in den Niederungen der Burleske versandet. Die recht dünne Idee des Stückes wird im Verlaufe der drei Akte so lange dünn gewalzt, bis als Nothelfer die Situationskomik übrig bleibt — aber das ist alles schon dagewesen: Fräulein Hohenfeldt in schreienden Farben, Herr Walter-Böhne als grotesker Wüterich, und der Witz vom „eigenen Großvater" ist so uralt! Zu ernsthafter Betrachtung gibt uns der Umstand Anlaß, daß gerade der Teil des Publikums, an dessen „Bildung" zu zweifeln Verbrechen wäre, einen derartigen Schmarren mit einem Beifallssturm auszeichnete, der eines besseren Gegenstandes würdig war. Gewiß wird die Intendanz auch um leichte Kost zur Erholung zwischen den Schlachten bemüht sein müssen — daß die Auswahl in letzter Zeit sehr beifallswürdig war, dürfte zu bezweifeln sein. — Für die Aufführung des „blauen Heinrich" waren die großen Kanonen der Komik aufgefahren: Herr Pokorny (auch in der Spielleitung von sicherem Griff), Herr Walter-Böhne, die Damen Hohenfeldt und Krug, Herr Ziegler (unnachahmlich stelzend und schnarrend) und Herr Stengel (der sich guter alter Schule und meist recht feiner Mittel befleißigte). Dem anmutigen Spiel der Damen Lischke und Weber sah man gerne zu. H.

Tragödie auf der Wrangel-Insel.

Die Schrecken der Polarnacht.

Der arktische Forscher V. Stefansson berichtet über die furchtbare Tragödie, die sich in Nacht und Eis der Wrangel-Insel im Nördlichen Eismeer abgespielt hat. Die Wrangel-Insel ist gegenwärtig ein Streitobjekt zwischen der englischen und der russischen Regierung; sie liegt ungefähr auf dem Schnittpunkt des 71. Breiten- und 180. Längengrades ziemlich dicht an der Küste Sibiriens. Stefansson suchte die Insel, auf der man große Goldschätze vermutete, in der Durchführung einer Expedition auf, die von 1913 bis 1918 währte und die auf Anordnung der kanadischen Regierung der Wiedererneuerung der englischen Besitzansprüche auf alles von Engländern in der nördlichen Arktis entdeckte Land galt. Stefansson berichtet, daß er am 1. Juli 1914 die englische Flagge auf der Wrangel-Insel hißte. Inzwischen hat die russische Regierung gewechselt und deshalb betrieb Stefansson im Jahre 1921 die Ansiedlung von Engländern auf der Wrangel-Insel, die es England erleichtern sollte, eine ihm günstige Entscheidung bei Verhandlung der Frage der Besitzhoheit vor einem internationalen Schiedsgericht zu erzielen.

Unter Führung des Nordpolforschers Knigth landete ein Trupp von insgesamt vier Mann in Begleitung des als Nähmädchen in Nome in Alaska gewonnenen Eskimomädchens Ada Blackjack. Die Nachricht, daß der Besetzungstrupp eingetroffen und günstige Jagdverhältnisse vorgefunden habe, die die Fleischversorgung ermöglichten, war das letzte, was man von den Leuten erfahren hat. Der von Stefansson zugesagte Besuch durch ein Schiff im Jahre 1922 konnte nicht durchgeführt werden; denn das Hilfsschiff brach anstatt zu Anfang erst Ende August von Nome in Alaska auf und mußte nach einem energischen Versuch, die Treibeisgrenze zu überwinden, wieder umkehren. Die Wrangel-Insel ist für Schiffe im günstigsten Falle vier Monate im Jahre zugänglich, meist aber nur zwei Monate hindurch im Verlauf eines Jahres zu erreichen. Vor wenigen Wochen glückte es dem Hilfsschiff „Donaldson" unter dem Forscher Naice, auf der Wrangel-Insel zu landen. Sie traf lebend nur noch das Eskimomädchen Ada Blackjack an. Was man von ihr erfahren konnte, war die Tragödie des Untergangs der Engländer und die ihres eigenen Daseinskampfes in Nacht und Eis. Der Trupp hatte unter zahlreichen unglücklichen Zufällen zu leiden, die schließlich den Europäern den Untergang brachten. Sie legten sich zunächst einen großen Fleischstapel aus der Jagdbeute auf der Insel an. Dort oben verdarb das Fleisch, das man Wind und Wetter zu überlassen pflegt, bis es von Schneefällen von selbst verpackt wird, zwar nicht, aber Polarbären rochen den Vorrat und fraßen ihn auf, ohne daß die weiter landeinwärts kampierenden Engländer das bemerkten. In der Winternacht — die Sonne zeigt sich nur zwei Stunden täglich — gestaltete sich die Jagd sehr schwierig. Die Leute brachten sich aber durch und warteten im nächsten Jahre nun sehnsüchtig auf das versprochene Hilfsschiff. Vergeblich. Die Verzweifelten sahen sich einem neuen schlimmen Winter ausgesetzt und hatten verschärften Lebensmittelmangel, weil sie in der Hoffnung auf das zugesagte Schiff die beste Jagdzeit zur Ansammlung eines neuen Fleischvorrates verpaßt hatten. Gegen Januar des Jahres 1923 wußten sie sich keinen anderen Rat, als über das vom Eis bedeckte Meer hinweg den Weg nach der Küste Sibiriens zu nehmen, um dort von reisenden amerikanischen oder russischen Händlern oder Renntierherdenbesitzern Unterstützung zu erbitten. Sie haben ihr Ziel nicht erreicht. Stefansson vermutet, weiter vorzudringen und dabei — wie das arktischen Reisenden sehr häufig geschieht — auf unsicheres Eis gerieten, durchbrachen und versanken.

Knight war mit Ada Blackjack allein auf der Wrangel-Insel zurückgeblieben, weil er an Skorbut krankte. Knight starb wenige Wochen vor dem Eintreffen des Hilfsschiffes im Juli 1923. Das Eskimomädchen war als einzige Ueberlebende des Besetzungstrupps nun den Schrecken der ewigen Polarnacht allein ausgesetzt.

! Bekannt reelles Einkaufshaus!
Weit unter Tagespreis.
7767) STOFFE
für Herren- und Knaben-Anzüge,
Kostüme und Mäntel.
Nur reelle Qualitäten!
Kesten, Holstenstr. 17, I. Seiteneingang: St. Petri.

Felle
kauft Isaac Frankenthal
höchstzahlend Beckergrube 53. Tel. 8641.
7751) Haare